

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Zu den Ergebnissen der Tagung der UNO-Vollversammlung	1
F. TERSKI — Die Ereignisse in China	4
H. SALIMDSHANOW — Die englisch-amerikanische Rivalität in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens	9
L. ROWINSKI — Das Revancheprogramm der Hitlergeneralität (Eine Auslandspresseschau)	11
L. SEDIN — Senator Flanders' Abschiefer in die USA-Wirklichkeit	14
Internationale Umschau (Notizen)	16
N. SERGEJEW — Die Chronik einer großen Schlacht	21
Kritik und Bibliographie:	
G. AXEL — Aus der Frühzeit der tschechischen Arbeiterbewegung	26
Aus dem Briefkasten der Redaktion:	
„Akademische Freiheiten“ in amerikanischer Auflage	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

22

25. Mai 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zu den Ergebnissen der Tagung der UNO-Vollversammlung

Die DRITTE TAGUNG der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 18. Mai geendet hat, war dadurch gekennzeichnet, daß es dem britisch-amerikanischen Block in einer ganzen Anzahl von der Vollversammlung erörterter wichtiger Fragen trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, seine Beschlüsse durchzusetzen. Selbst Delegationen, die gewöhnlich den Weisungen aus Washington gehorchen, mußten mit der öffentlichen Meinung in ihren Ländern rechnen und leisteten ihren Schutzherrn nicht immer Gefolgschaft.

Charakteristischerweise wurde mit der Eröffnung des Neuyorker Tagungsabschnitts die offizielle Zeremonie der Unterzeichnung des aggressiven Nordatlantischen Vertrages zeitlich verbunden, der einen Sprengstollen unter die Vereinten Nationen darstellt. Schon diese Tatsache demonstrierte unzweideutig das Bestreben der reaktionären Kreise Washingtons und Londons, sich keine Gelegenheit entgehen zu lassen für den Versuch, einen Schlag gegen die Sache der internationalen Zusammenarbeit zu führen.

Die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks versuchten auf der Tagung selbst die Vollversammlung von der Lösung der wichtigsten Aufgaben der internationalen Sicherheit abzudrängen.

Unter Verletzung der UNO-Satzung erreichte die britisch-amerikanische Mehrheit, daß in die Tagesordnung eine mit der UNO nichts zu tun habende Frage wie der „Fall Kardinal Mindszenty“ aufgenommen wurde, also die Angelegenheit eines Staatsverbrechers, der seine Schuld gestanden hat und vom Volksgericht Ungarns verurteilt worden ist.

Aber die Erörterung dieses aufgebauschten „Falls“ hat seinen Initiatoren keine Lorbeeren eingebracht. Haben doch die Sowjetdelegierten und die Vertreter der Länder der Volksdemokratie im Laufe der Diskussion — sowohl in Plenarsitzungen als auch in Ausschüssen der Vollversammlung — den wahren Sinn des Abenteuers mit dem „Fall“ Mindszenty restlos enthüllt. Es ist jedem unvoreingesehenen Menschen

klargeworden, welche geheimen Ziele die Leute verfolgten, die diese Frage aufs Tapet brachten. Sie spekulierten nicht nur auf die Möglichkeit, sich in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einzumischen, sondern wollten gleichzeitig auch die Tribüne der Vollversammlung für Ausfälle gegen die Länder der Volksdemokratie ausnutzen und hofften, auf diese Weise den durch die Mißerfolge der britisch-amerikanischen Kundschafter und Diversanten hervorgerufenen Eindruck zu glätten, dieser Elemente, die vergeblich versucht haben, im Auftrage der reaktionären Kreise Washingtons und Londons die Länder der Volksdemokratie vom sozialistischen Weg abzubringen. Diese Spekulationen sind gescheitert.

Charakteristisch für die Stellungnahme der imperialistischen Mächte waren auch die auf der Tagung unternommenen beharrlichen Versuche ihrer Vertreter, den Leichnam des berüchtigten „Intersessionellen Ausschusses“ zu galvanisieren, der als eine Art Ersatz für den Sicherheitsrat ersonnen worden war. In dem Bericht dieses Ausschusses wurde eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgebracht, deren Charakter über die wahren Ziele ihrer Urheber keinen Zweifel läßt. Diese Vorschläge sehen vor, gewisse „Untersuchungs“- und „Schlichtungs“ausschüsse zu schaffen vom Schlage der analogen Organe des Völkerbunds traurigen Angedenkens, z. B. der Mission Lord Runcimans und des Nichteinmischungskomitees Lord Plymouths. Sie sind offenbar darauf berechnet, den Sicherheitsrat zu schwächen, seine Funktionen zu beschränken und wichtigste Fragen friedlicher Beilegung von Streitigkeiten seinem Kompetenzbereich zu entziehen.

Hierher gehören auch die hartnäckigen Versuche von Vertretern Englands und Amerikas, das Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte zu untergraben, auf dem das ganze Gebäude der Vereinten Nationen beruht.

Aber die sogenannte Frage des „Vetos“ hat sich unerwartet gegen die gerichtet, die sie aufwarfen. Die Sowjetdelegation hat nämlich mit aller Überzeugungskraft gezeigt, daß die

Angriffe des britisch-amerikanischen Blocks auf das Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte unmittelbar mit der aggressiven Politik dieses Blocks zusammenhängen. Die Vertreter der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie entlarvten erneut vor der ganzen Welt den wahren Sinn des Nordatlantikpaktes als der deutlichsten Erscheinungsform der von den regierenden Kreisen der USA und Englands betriebenen Expansionspolitik. So kam es, daß in der Diskussion auf der Vollversammlung statt der Frage des „Vetorechts“ der Nordatlantikpakt in den Mittelpunkt rückte, den der britisch-amerikanische Block keinesfalls in der Organisation der Vereinten Nationen hatte zur Diskussion stellen wollen.

Gleichzeitig bemühten sich die imperialistischen Mächte, zu verhindern, daß Fragen von wichtigster internationaler Bedeutung durch die Vollversammlung sachlich behandelt wurden. Kennzeichnend in dieser Beziehung ist das Schicksal der indonesischen Frage.

Wer, außer eingefleischten Kolonialisten, wird leugnen wollen, daß die holländischen Landräuber, die die Indonesische Republik wortbrüchig überfielen, einen groben Aggressionsakt begangen haben, der eine unzweifelhafte Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt? Es ist die heilige Pflicht der Vereinten Nationen, sich mit dieser lebenswichtigen Frage ungesäumt zu befassen. Demgegenüber widersetzten sich die Vertreter der imperialistischen Mächte, insbesondere Englands, hartnäckig der Aufnahme der indonesischen Frage in die Tagesordnung der Vollversammlung. Als dann, allen Bemühungen der Kolonialisten zum Trotz, dieser Punkt dennoch in die Tagesordnung aufgenommen wurde, griffen die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks zur Taktik der Verzögerungen und Verschleppungen. Schließlich wurde die keinen Aufschub duldende indonesische Frage bis zur vierten Tagung der Vollversammlung zurückgestellt. So sind die britisch-amerikanischen Imperialisten ihren holländischen Juniorpartnern erneut zu Hilfe gekommen.

Die Erörterung der Konvention über die Nachrichtenfreiheit demonstrierte gleichfalls das Bestreben der herrschenden Kreise der USA und Englands, sich den wichtigsten Aufgaben der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, vor denen die Vereinten Nationen stehen, zu entziehen. Die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks waren in jeder Weise bemüht, die Konvention über Nachrichtenfreiheit den Interessen der Zeitungsmonopole unterzuordnen, die einen Druck auf die öffentliche Meinung ausüben, Kriegspropaganda betreiben

und Zwietracht zwischen den Völkern zu schüren versuchen.

Die regierenden Kreise der USA und Englands, die eine Erörterung der die Lebensinteressen von Millionen einfacher Menschen berührenden Fragen sabotierten, waren dagegen nicht abgeneigt, die Tagung der Vollversammlung für die Sanktionierung gewisser von ihnen hinter den Kulissen abgeschlossener Schachergeschäfte auszuwerten. Die britisch-amerikanischen Imperialisten, die schon lange den Gedanken hegten, Frankreich an dem aggressiven Nordatlantikbündnis zu beteiligen, faßten den Beschuß, die dritte Tagung der Vollversammlung auszunutzen, um die von den Vereinten Nationen in der spanischen Frage gefassten Beschlüsse zu revidieren. Die Vertreter Boliviens, Brasiliens, Kolumbiens und Perus brachten eine sogenannte „Viererresolution“ ein, in der vorgeschlagen wird, den UNO-Staaten „volle Handlungsfreiheit in der Frage ihrer diplomatischen Beziehungen zu Spanien“ einzuräumen. Diese Resolution sollte den 1946 gefassten und 1947 bekräftigten Beschuß der Vollversammlung, der das faschistische Regime in Spanien verurteilt, aufheben.

Aber trotz aller Bemühungen des britisch-amerikanischen Blocks wies die Vollversammlung das von Francos Gönnern eingefädelte Unternehmen zurück. Es ist seinen Fürsprechern nicht gelungen, die notwendige Stimmenzahl aufzubringen. Noch mehr, sie blieben in der absoluten Minderheit. Somit sind die früheren Beschlüsse der Vollversammlung, die das faschistische Regime in Spanien verurteilen und die UNO-Staaten verpflichten, keine Botschafter und Gesandten nach Madrid zu entsenden, voll in Kraft geblieben. Der britisch-amerikanische Block hatte offenbar die Wirksamkeit seiner Diktatpolitik überschätzt, gleichzeitig aber den Einfluß der öffentlichen Meinung der Welt unterschätzt, die verlangt, daß der faschistischen Tyrannen Francos, die das freiheitliebende spanische Volk zerfleischt, ein Ende gesetzt wird.

Charakteristischerweise haben sich die Delegierten der USA, Englands und Frankreichs, die sich in jeder Weise bemühten, die „Viererresolution“ durchzubringen, bei der Abstimmung selber der Stimme enthalten. Mit Hilfe dieses Tricks hofften sie ihre wahre Rolle bei dem schändlichen Werk der Unterstützung des Madrider Diktators zu tarnen. Aber die Sonne hat es an den Tag gebracht!

Die ganze Welt weiß, daß in den spanischen Häfen in ununterbrochenem Strom amerikanische und englische Waffen eintreffen, die Franco helfen, dem spanischen Volk noch stärker die Gurgel zuzudrücken, um die Iberische Halbinsel

in ein Aufmarschgebiet der amerikanischen Expansionisten verwandeln zu können.

Kann die Organisation der Vereinten Nationen vor diesen himmelschreienden Tatsachen die Augen verschließen? Selbstverständlich nicht. Die Völker haben nicht deshalb gegen die faschistische Pest gekämpft, sie haben nicht deshalb die unglaublichen Leiden des zweiten Weltkrieges ertragen. Das ist der Grund, weshalb die demokratische Weltöffentlichkeit den von der polnischen Delegation eingebrachten Resolutionsentwurf in der Frage Francospaniens einmütig begrüßt hat. Diese Resolution schlug allen UNO-Staaten vor, sofort die Einfuhr von Waffen und Munition sowie aller militärisch und strategisch wichtigen Materialien nach Spanien einzustellen. Sie empfahl den UNO-Staaten, weiter in keinerlei Vertragsbeziehungen mit Francospanien einzutreten, und brachte die Zuversicht zum Ausdruck, daß der Sicherheitsrat die Lage in Spanien unter ständiger Beobachtung halten werde. Schließlich wurde in der Resolution erklärt, daß die Vereinten Nationen, sobald Spanien eine demokratische Regierung erhalten habe, dieses Land in ihren Reihen begrüßen würden.

Die polnische Resolution entsprach voll und ganz den hohen Prinzipien der UNO-Satzung. Ihre Annahme hätte dem heroischen spanischen Volk, das opfermäßig gegen die faschistische Tyrannei kämpft, neue Hoffnung eingeholt. Ein solcher Beschuß hätte der ganzen Welt gezeigt, daß die Vereinten Nationen den vieljährigen Kampf der demokratischen Kräfte des spanischen Volkes gegen das Henkerregime Francos mit Sympathie verfolgen.

Die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks waren nicht imstande, gegen die exakten und klaren Formulierungen der polnischen Resolution irgend etwas einzuwenden. Obgleich sie die Ablehnung der polnischen Resolution erreichten, vermochten sie doch nicht, die sogenannte „Viererresolution“ durchzubringen.

Eine andere Frage, in der die Vertreter der imperialistischen Mächte vergebens gehofft hatten, die Sanktion der Vollversammlung zu finden, war die Frage der früheren italienischen Kolonien in Afrika. Die englischen Imperialisten, die diese Territorien während des Krieges okkupiert haben, zeigen nicht die geringste Neigung, sie aus ihren rafferen Händen zu lassen. Sie haben freilich nichts dagegen, auf einen gewissen Kuhhandel mit ihren amerikanischen und französischen Partnern einzugehen, aber die imperialistischen Gegensätze haben es ihnen bis zur jüngsten Zeit nicht ermöglicht, sich über die Bedingungen des Schachters endgültig zu verstündigen. Außerdem erwies es sich als nicht so leicht, für derartige

ungesetzliche Handlungen die Sanktion der UNO zu erlangen, in der die Sowjetunion stets und ständig die Sache des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit ebenso wie die Interessen der Kolonialvölker vertritt.

Die Sowjetdelegation brachte einen Antrag ein, der die Fortentwicklung der früheren italienischen Kolonien in der Richtung ihrer Unabhängigkeit unter der Vormundschaft der UNO gewährleisten soll. Als die Diskussion über diese Frage bereits im Gange war, brachte die Delegation der Sowjetunion in Berücksichtigung der Wünsche der Völker, die die früheren italienischen Kolonien bewohnen, den Antrag ein, die Frist für die Vormundschaft der UNO über diese Territorien noch weiter zu verkürzen. Die Anträge der Sowjetunion fanden auf der Tagung eine bedeutende Zahl von Anhängern, während dem englischen Teilungsplan ein offenkundiges Fiasco drohte. Da unternahm die englische Regierung im letzten Augenblick ein Umgehungsmanöver. Bevin und der italienische Außenminister Sforza verhandelten in London schleunigst über einen neuen Plan für die Aufteilung der früheren italienischen Kolonien. Mit der Einbringung dieses Plans, der sich von der ursprünglichen englischen Variante im Grunde wenig unterscheidet, gedachten die Kolonisatoren den Block der lateinamerikanischen Länder, der auf der Tagung über 20 Stimmen verfügt, sowie die Delegierten der arabischen Staaten zur Unterstützung der „neuen“ englischen Vorschläge zu verlassen.

Aber die Imperialisten hatten sich auch hier verrechnet. Die Vollversammlung lehnte den auf der Abmachung Bevin—Sforza beruhenden britischen Plan zur Aufteilung der früheren italienischen Kolonien ab. Die Frage der italienischen Kolonien wurde auf die nächste Tagung der Vollversammlung verschoben.

Man darf die Wichtigkeit, die der Erörterung dieser Frage zukommt, nicht unterschätzen. Der Ausgang der Debatte beweist, daß die Völker der Welt, die Völker der Kolonien, der abhängigen und der halbabhängigen Länder die Politik kolonialer Besitzergreifung entschieden verurteilen. Außerdem zeigt er, daß eine gerechte Entscheidung in jeder beliebigen wichtigen internationalen Frage nur erreicht werden kann, wenn die Vorschläge aller Großmächte Berücksichtigung finden und wenn der Wille und die Interessen der Völker derjenigen Territorien, deren Schicksal in den UNO-Körperschaften bzw. auf internationalen Konferenzen und Beratungen der Großmächte erörtert wird, Berücksichtigung finden.

Das Scheitern des britisch-amerikanischen Blocks in der Frage Francospaniens sowie der Mißerfolg, der die Westmächte bezüglich ihrer Pläne, sich der früheren italienischen Kolonien in Afrika zu bemächtigen, erlebt hat, beweisen ferner, daß die UNO trotz all ihrer Mängel fähig ist, einen hemmenden Einfluß auf die außer Rand und Band geratenen Imperialisten auszuüben. Die Aufgabe aller wahren Anhänger des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit besteht darin, mit allen Mitteln die Organisation der Vereinten Nationen zu stärken, ihr Ansehen zu heben, beharrlich gegen die Untergrabung dieser Organisation zu kämpfen und sich gegen alle Versuche zu wenden, die UNO in ein gehorsames Werkzeug der aggressiven Mächte zu verwandeln. Eben diese Linie wird von der Sowjetunion stets und ständig verfolgt.

Die Sowjetunion hat auf der dritten Tagung der Vollversammlung ebenso wie früher eine konsequente, auf Festigung des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit gerichtete Politik durchgeführt. Unter Entlarvung der imperialistischen Machinationen kämpften die Sowjetdelegierten und die Vertreter der Länder der Volksdemokratie beharrlich für

die Festigung der UNO, für ihre Verwandlung in ein wirksames Organ zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Dieser Kampf zeitigt bereits ernst zu nehmende Resultate. Immer häufiger scheitern die Hoffnungen des aggressiven britisch-amerikanischen Blocks, er könnte, weil er über die mechanische Stimmenmehrheit verfügt, alle Fragen in der UNO nach seinem Ermessen und gegen den klar ausgesprochenen Willen der Völker zum Frieden und zur Zusammenarbeit entscheiden. Diese Tatsache wurde mit aller Augenscheinlichkeit auf der soeben abgeschlossenen dritten Tagung der Vollversammlung demonstriert.

Der Weltkongreß der Friedensanhänger, der gleichzeitig mit der Tagung der Vollversammlung stattfand, hat gezeigt, daß die Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, die von den wahrhaft friedliebenden, demokratischen Staaten durchgeführt wird, in allen Ländern die wärmste Unterstützung der breitesten Volksmassen findet. Die Völker verurteilen entschieden die Machenschaften der Kriegsbrandstifter und streben nach einem dauerhaften Frieden, für dessen Aufrechterhaltung die Organisation der Vereinten Nationen ja geschaffen wurde.

Die Ereignisse in China

F. TERSKI

DIE demokratischen Kräfte Chinas, die gegen die innere Reaktion und den ausländischen Imperialismus kämpfen, tragen glänzende Siege davon.

Die mit amerikanischen Waffen ausgerüsteten Kuomintangtruppen sind aus der Mandschurei und aus Nordchina verjagt. Zahlreiche Bezirke Zentralchinas sind befreit. Der Kampf für die Befreiung des Beckens des Jangtsekiang, dieser größten Wasserverkehrsader Chinas, geht seinem Abschluß entgegen.

Wie ein Sonderkorrespondent der Agentur Hsinhua, der der angreifenden Volksbefreiungsarmee folgte, aus Hantschou schreibt, ziehen sich viele Kuomintangtruppenteile — desorganisiert und von Panik ergriffen — in Unordnung nach Süden zurück und werfen unterwegs die Waffen und das geplünderte Gut fort. Der Korrespondent schreibt:

„Der Weg vom Jangtsekiang nach Hantschou ist voll von zurückgelassenen Lastkraftwagen, Geschützen, Geschossen, Patronen, Schußwaffen, Monturstücken, Büchern, Ausweispapieren, Kisten und ramponierten Equipagen, in denen große und kleine Kuomintanggeschäftsherren in Panik versucht hatten, mit ihren abziehenden Soldaten zusammen Reißaus zu nehmen...“

Alle längs der Front gelegenen Dörfer wurden in der Zeit, wo sich die Kuomintangsoldaten dort aufhielten, geplündert. Diese brachen in die Häuser ein und nahmen alles, was ihnen unter die Augen kam. Sie betranken sich, warfen ihre Waffen weg und setzten ihre Flucht fort. Die Soldaten der Volksbefreiungsarmee holten die Kuomintangleute oft in Augenblicken ein, wo diese gerade plünderten und Saufgelage hielten.“

Große Industrie- und Kulturzentren Chinas werden befreit. Befreit ist Peiping. Vor kurzem noch transportierten amerikanische Flieger fieberhaft über eine „Luftbrücke“ Munition und Waffen

in das von den Truppen der Volksbefreiungssarmee belagerte Mukden. Tag und Nacht führten amerikanische Flieger in ununterbrochenem Strom mit Geschossen beladene Flugzeuge nach Mukden und brachten von dort für ein Heidengeld hohe Tiere der Kuomintang sowie Kaufherren fort, die es darauf abgesehen hatten, sich hinter der Großen Chinesischen Mauer zu verbergen.

Befreit ist Nanking, das eine lange Zeit der Kuomintangreaktion als Bollwerk gedient hatte. „Die Befreiung Nankings“, so führt die Agentur Hsinhua aus, „besiegelt in aller Form das Ende der Kuomintangherrschaft.“

Befreit ist die Stadt Taiyüen, die Hauptstadt der Provinz Schansi. In den Kämpfen um Taiyüen haben die Truppen der Volksbefreiungssarmee 77 000 Kuomintangsoldaten und -offiziere gefangen genommen und 7000 vernichtet. Unter den Beutestücken sind 3456 Geschütze, 722 schwere Maschinengewehre, 3250 leichte Maschinengewehre, 1385 Maschinenpistolen, 27 203 Gewehre, 9 Panzer, 500 Kraftwagen, 47 Lokomotiven und 750 Eisenbahnwaggons.

Mit der Einnahme Taiyüens durch die Volksbefreiungssarmee ist dem Gegner sein letzter Stützpunkt in Nordchina genommen. Außerdem hat das demokratische China durch die Befreiung Taiyüens eine bedeutende Industriestadt mit Schwer- und Rüstungsindustrie erhalten.

Unter den Schlägen der demokratischen Truppen brachen die stark befestigten Verteidigungsanlagen der Kuomintangtruppen längs des Jangtsekiang zusammen. In allerkürzester Zeit, buchstäblich in Tagen, forcierten die Truppen der Volksbefreiungssarmee mit Erfolg den Jangtsekiang und entwickelten eine großangelegte Offensive in den Provinzen Südchinas, dem letzten Bollwerk des zerfallenden Kuomintangregimes.

Am 1. Mai befreiten die Truppen der Volksbefreiungssarmee Tatung, ein wichtiger Kommunikationspunkt der Eisenbahnstrecke Tatung — Putschuo, die zweitgrößte Stadt der Provinz Schansi. Einer der höchsten Kuomintangmilitäristen, Jenhsischian, benutzte Tatung viele Jahre lang als seine militärstrategische Festung.

Am 3. Mai nahmen die Truppen der Volksbefreiungssarmee Hantschou, die Hauptstadt der Provinz Tschekiang, ein. Begeistert empfing die Bevölkerung ihre Befreier.

Mitteilungen zufolge wurden in dem Dreieck Nanking — Schanghai — Hantschou im Laufe der Kämpfe mehr als 8 Kuomintangarmeen aufgerissen. Die Truppen der Volksbefreiungssarmee, die zahlreiche Gefangene und viel Beute gemacht haben, führen eine erfolgreiche Offensive über die Provinz Tschekiang in Richtung Kanton durch.

Die Volksbefreiungssarmee hat die Städte Hankou, Wutschang und Hanjang eingenommen. Hankou ist eine der größten Hafenstädte Chinas, Wutschang die Hauptstadt der Provinz Hupe, und Hanjang ein Brennpunkt der Rüstungs- und Schwerindustrie.

Pressemeldungen zufolge haben Truppenteile der Volksbefreiungssarmee in zwanzig Tagen seit Forcierung des Jangtsekiang fünf Provinzen durchquert und sind vom Unterlauf des Stroms um 480 km vorgerückt. Sie haben 102 Städte und Bezirkszentren befreit.

Zu gleicher Zeit rieben die Truppen der Volksbefreiungssarmee in diesem Raum etwa 200 000 Mann Kuomintangtruppen auf. Einheiten der Volksbefreiungssarmee haben die Großstadt Schanghai im Osten des Landes und die Stadt Nantschang weiter westlich eingeschlossen und sind ins Innere der Provinz Fukien vorgerückt, wo sie Operationen zur Säuberung des Gebiets von den Überresten der Kuomintangtruppen ausführen.

In den Händen der Volksbefreiungssarmee befinden sich nunmehr über 450 km Eisenbahnstrecke zwischen Hantschou und Nantschang. Das vereitelte die Versuche der Kuomintang, eine neue Widerstandslinie im Gebirgsbezirk Fukien — Tschekiang — Kiangsi zu schaffen.

Zu alledem ist hinzu zufügen, daß auf dem noch von der Kuomintang kontrollierten Territorium die Partisanenbewegung weite Ausmaße angenommen hat. Aktive Partisanenoperationen wurden in fast allen Provinzen Südchinas entfaltet: in Kwangtung, Tschekiang, Fukien, Jünnan, Kweitschou, Kiangsi, Hunan u. a. Wie die chinesische Presse mitteilt, wird es immer mehr zu einer Massenerscheinung, daß Kuomintangtruppen zu den Partisanen überlaufen.

Chinesische Blätter weisen auch darauf hin, daß außer den von Kommunisten geführten Partisanenabteilungen in den Provinzen Südchinas noch Abteilungen operieren, die von anderen dortigen namhaften Persönlichkeiten geführt werden und ebenfalls unter den Parolen des Kampfes gegen den Bürgerkrieg und die volksfeindliche Kuomintangpolitik, für Frieden und demokratische Freiheiten vorgehen. Die Einwohner der befreiten Gebiete treten zu Tausenden der Volksbefreiungssarmee bei, um an den weiteren Kämpfen für die völlige Befreiung Chinas teilzunehmen.

In drei Jahren aufopfernden Kampfes machten Truppenteile der Volksbefreiungssarmee fünf Millionen Kuomintangsoldaten und -offiziere kampfunfähig bzw. nahmen sie gefangen; sie befreiten ein riesiges Territorium mit 200 Millionen Einwohnern.

Im Laufe des Krieges haben die Truppenteile der Volksbefreiungssarmee riesige Beute gemacht:

mehr als 3000 Panzer und 12 000 Lastkraftwagen für Heeresbedarf, mehr als 216 700 Maschinengewehre, 37 250 Geschütze verschiedenen Kalibers und 260 998 000 Patronen; fast alle Waffen, die den Kuomintangtruppen abgenommen wurden, sind amerikanisches Fabrikat.

Der Fall Nankings und die Offensive der Volksbefreiungsarmee im Raum Schanghai—Hantschou hat die Kuomintangminister und -generale in panische Flucht gejagt. Anfangs suchten sie in Schanghai, Hantschou, Kweilin und Kanton unterzuschlüpfen. Aber jetzt brennt ihnen auch dort der Boden unter den Füßen, und der trübe Strom der bankroten Regierer, die sich selbst und das zusammengestohlene Hab und Gut in Sicherheit bringen wollen, wälzt sich nun nach Hongkong und nach der Insel Formosa. Wie aus der Hongkonger Presse ersichtlich ist, befinden sich unter den nach Formosa geflohenen Kuomintanggrößen bekannte Führer des chinesischen Faschismus, und zwar: die Brüder Tschenkuofu und Tschenlifu, Tschutschiahua, die ehemaligen Minister Wongwenhao, Wangschidse und Tschutscheng.

Der aufs Haupt geschlagene Jenhsisan belud bei seiner Flucht nach Formosa vier Flugzeuge der von dem USA-General Chennault geleiteten Luftfahrtgesellschaft. Dieser General ist ein bekannter Anstifter des Bürgerkrieges in China. Wie wiederholt in der chinesischen Presse ausgeführt wurde, machte das Geschwader Chennaults, die „Fliegenden Tiger“, seinerzeit dadurch von sich reden, daß seine Flieger sich durchweg mit Schmuggel und Devisenschiebungen in China befästeten. Heutzutage ist für diese Yankees, die den Waffenrock mit dem Zivilanzug vertauscht haben, die Flucht der bankroten Kuomintangleute ein neues Busineß, bei dem man „Geld machen“ kann.

Die Flucht der bankroten Kuomintangmächthaber ruft im Volke mit Recht Haß und Verachtung hervor. Die Einwohner Peipings und Nankings waren Zeugen, wie die noch vor kurzem so hochfahrenden Kuomintangbonzen, von panischer Furcht ergriffen, sich auf dem Flugplatz drängten und sich um Plätze in den letzten abgehenden Flugzeugen rauften. Die Flugplätze vieler Städte sind zu einer Ausstellung von unehrlich erworbenem Gut geworden.

Die ehrlichen Menschen in China begrüßen die Truppenteile der Volksbefreiungsarmee, ihre Befreier und Schützer, mit Begeisterung und Jubel. Mehr als 200 000 Einwohner Peipings feierten auf den Straßen dieser uralten Stadt ihre Befreiung. Am Tor der „Verbotenen Stadt“, in der sich die ehemaligen Kaiserschlösser befinden, kam eine Massenkundgebung zustande, wie Peiping sie in den Jahrtausenden seiner Geschichte noch nicht

gesehen hatte. Auf der Kundgebung sprach Professor Tchanghsihdscho von der Universität Tsinghua. Er sagte in seiner Rede:

„Es ist ein Glück für uns, daß wir eine solche Volkspartei wie die Kommunistische Partei, eine solche Volksarmee wie die Volksbefreiungsarmee haben.“

In den letzten vier Monaten machten die Nankinger Propagandaorgane krampfhafte Anstrengungen, die Kriegsverbrecher aus der Kuomintang, die das chinesische Volk in den Strudel des Bruderkrieges gestürzt haben, als Friedensanhänger hinzustellen. So erklärte z. B. Hojingsching, der heutige Ministerpräsident der Kuomintangregierung, der in der Liste der Hauptkriegsverbrecher zu den ersten zählt, voll Heuchelei:

„Nur der Friede kann das Volk vom Elend befreien, deshalb ist das Kabinett, das ich jetzt bilde, ein Friedenskabinett.“

In letzter Zeit gaben sich auch Hojingschings Vorgänger auf dem Posten des Ministerpräsidenten, Sunfo und Tschangtschun, der amtierende Präsident Chinas Litsungschen und sogar Tschiangkaischek selbst als Friedensanhänger aus.

Aber die verlogenen Redereien über den Frieden konnten niemand irreführen. Die demokratischen Kräfte Chinas erkannten, daß die „Friedensreden“ der Kuomintangleute eine neue Verschwörung darstellen, hinter der die reaktionären USA-Kreise stecken. Es war klar, daß die volksfeindliche Clique, gedeckt durch das Friedensgerede, bemüht war, die Überreste ihrer Kräfte zu bewahren und den endgültigen Triumph der Sache der Demokratie in China zu verhindern. Sie machte verzweifelte Anstrengungen, um neue Truppen aufzustellen und zu drillen, mit denen sie den blutigen Krieg fortsetzen wollte. So meldet die Agentur Hsinhua, das Verteidigungsministerium der Kuomintang habe in zehn Provinzen 14 neue Stäbe zur Organisierung und Ausbildung von Truppen geschaffen. Dabei haben die Kuomintanggenerale projektiert, die zahlenmäßige Stärke ihrer regulären Truppen, die jetzt etwas mehr als eine Million Mann ausmacht, auf dreieinhalf oder sogar fünf Millionen zu steigern. Diese Pläne machen es verständlich, warum die Kuomintangreaktion eine vorbehaltlose Einstellung der Kampfhandlungen und Annahme von Bedingungen eines „ehrvollen Friedens“ durchzusetzen suchte.

Am 25. April veröffentlichten Maotsetzung, der Vorsitzende des Volksrevolutionären Kriegskomitees Chinas, sowie Tschuteh, der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, einen Aufruf an das Volk, in dem es heißt:

„Die Kuomintangreaktionäre haben die Friedensbedingungen abgelehnt und bestehen halsstarrig auf

einer Fortsetzung ihres verbrecherischen Krieges gegen das Land und das Volk. Das Volk unseres ganzen Landes hofft, die Volksbefreiungsarmee werde in aller nächster Zeit die Kuomintangreaktionäre vernichten, und wir haben der Volksbefreiungsarmee den Befehl erteilt, kühn vorzurücken, alle reaktionären Kuomintangtruppen, die es wagen sollten, Widerstand zu leisten, zu vernichten, alle unverbesserlichen Kriegsverbrecher in Gewahrsam zu nehmen, das Volk unseres Landes zu befreien, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität sowie die Souveränität Chinas zu schützen und wahren Frieden, Demokratie und Einheit zustande zu bringen, wie sie das ganze Volk herbeisehnt."

Die Ablehnung der von der Kommunistischen Partei Chinas aufgestellten acht Friedensbedingungen durch die Kuomintangclique war der überzeugendste Beweis dafür, daß Tschiangkaischek und seine Handlanger, die nach amerikanischen Anweisungen vorgehen, die Friedensverhandlungen auszunutzen versucht hatten, um den Vormarsch der Volksbefreiungsarmee aufzuhalten und eine zeitweilige Atempause zu gewinnen, nach der sie erneut über die demokratischen Kräfte herfallen wollten.

In einem Artikel der Agentur Hsinhua mit der Überschrift „Fordert, daß die Nankingregierung sich dem Volke ergibt“ wird darauf hingewiesen, daß es

„gegenwärtig in China nur eine Art von Frieden geben kann, den Frieden, bei dem die konterrevolutionären Elemente vor den revolutionären Volkskräften kapitulieren.... Nur das wird ein wahrer Beweis... dafür sein, daß man den Fortschritt und die Sache der Volksbefreiung, die friedliche Lösung der Inlandsfrage begünstigt.“

Ein Bewußtsein der eigenen Ohnmacht und der Unabwendbarkeit des endgültigen Zusammenbruchs, ein Gefühl der Verzweiflung treibt die Kuomintangkreise zu äußerst reaktionären Maßnahmen, mit deren Hilfe sie versuchen, die Offensive der demokratischen Kräfte zum Stillstand zu bringen.

In den Kuomintanggebieten herrschen Terror und Gewalt. Überall wüten Geheimagenten und Gendarmerieregimenter, die jeden, den man der Sympathie für die demokratische Umgestaltung des Landes verdächtigt, grausamen Repressalien unterwerfen und sogar erschießen. In Schanghai hat der Garnisonschef Versammlungen, Demonstrationen und Umzüge zum 1. Mai verboten. In einer Rundfunksendung aus Schanghai hieß es, dort seien am 6. Mai 14 Personen „wegen Übertretung des Gesetzes über den Kriegszustand“ öffentlich hingerichtet worden.

Wie die Agentur Hsinhua meldet, befand sich in der Stadt Schangschao, in der Zone der von Truppenteilen der Volksbefreiungsarmee eingenommenen Bahnstrecke Tschekiang—Kiangsi, ein Konzentrationslager der Kuomintang, in dem

viele fortschrittliche Persönlichkeiten Chinas festgehalten wurden. Wer in dieses Lager geriet, konnte als verloren angesehen werden. Die wenigen, die gerettet werden konnten, erzählten von den grauenhaften, mittelalterlichen Foltern, die die Kuomintanghenker anwenden.

Die kritische militärische Lage des Kuomintangregimes brachte auch eine weitere Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise mit sich, die die Regierung Hojingschings durchmacht. Eine katastrophale Lage ist auf finanziellem Gebiet und im Geldumlauf eingetreten. Der Wert des sogenannten „Gold-Juans“ ist unglaublich gesunken — innerhalb von zehn Tagen auf weniger als ein Zehntel; jetzt ist ein USA-Dollar sechs Millionen „Gold-Juan“ wert. Das Vertrauen zur „Goldwährung“ der Kuomintang ist endgültig erschüttert.

Die katastrophale Entwertung des Kuomintanggeldes ist von einer jähnen Preissteigerung für Lebensmittel und wichtigste Gebrauchsgüter begleitet, was die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten noch mehr verstärkt. In der letzten Zeit haben auf dem von der Kuomintang kontrollierten Territorium die Streiks der Angestellten, Arbeiter, Professoren, Lehrer und Studenten bedeutend zugenommen. Die Streikenden fordern demokratische Freiheiten und bessere Lebensbedingungen.

Es geht der Kuomintangclique offensichtlich über die Kräfte, mit dem Volk fertig zu werden, das sich zum Kampf für die Befreiung seines Landes von den einheimischen und fremdländischen Unterdrückern erhoben hat. Die bankrotten Reaktionäre rufen ihre USA-Gönner um Hilfe an und suchen die Stunde ihres unvermeidlichen Untergangs hinauszuschieben.

Amerikanische Geschäftsherren, die in China eindrangen und sich dort häuslich niederließen, haben eine ausgedehnte Arbeit zur Stärkung ihrer imperialistischen Positionen entfaltet. Sie erklärten China zum „Aufmarschgebiet der Zukunft“. Die faschistische Zeitung „Tschuikuoschipao“ schrieb mit zynischer Offenheit: „Die Hilfeleistung an China gibt den USA die Möglichkeit, auf dem asiatischen Kontinent eine mächtige Bastion zu schaffen und eine völlig uneinnehmbare Stellung im dritten Weltkrieg einzunehmen.“

Maßgebenden Angaben zufolge, hat die Washingtoner Regierung für den Bürgerkrieg in China mehr als sechs Milliarden USA-Dollar ausgegeben. Die USA-Imperialisten, die der Nankingregierung finanzielle und andere wirtschaftliche Hilfe leisteten und die Kuomintangarmee ausrüsteten und modernisierten, bestimmten zugleich ganz ungeniert über die inneren Angelegenheiten

Chinas. Faktisch leiteten sie die militärstrategischen Körperschaften der Kuomintang, befehligen die Armee und kontrollierten durch ihre Berater und Sachverständigen die Tätigkeit des Spionagedienstes, der Gendarmerieabteilungen und der Geheimpolizei der Kuomintang.

Aber trotz der kolossalen Hilfe der regierenden USA-Kreise an Tschiangkaischek erlitt die Kuomintangreaktion einen fürchterlichen Zusammenbruch. Professor Peffer von der Columbia University erklärte am 1. Mai in der „New York Times“, die USA müßten den Bankrott ihrer Fernostpolitik zugeben und „ihre Verluste in China abbuchen“.

Die Siege der chinesischen Demokratie bedeuten nicht nur eine Niederlage der Kuomintangreaktion, sondern auch einen Zusammenbruch der imperialistischen Pläne der Wall Street. In einem Artikel der Agentur Hsinhua, „Führen wir die Revolution zu Ende“, wird folgendes bemerkt:

„Chinas Volk und sein Generalstab — die Kommunistische Partei — werden die politischen Pläne des Feindes ebenso gewiß zerschmettern, wie der Angriff des Feindes zerschmettert worden ist. Unbeirrt werden sie den großen Volksbefreiungskrieg bis zum Endsieg führen... Im Interesse des Volkes ist erforderlich, daß alle reaktionären Kräfte völlig zunichte gemacht und daß die amerikanischen Landräuber aus China vertrieben werden.“

Die Volksmassen Chinas sind voll Entschlossenheit, die Befreiung ihrer Heimat zu Ende zu führen. Hiervon zeugt sowohl der Heroismus der Volksbefreiungstruppen an den Fronten als auch

der Arbeitsenthusiasmus der Massen in den bereits befreiten Provinzen.

Die Nachricht von der Befreiung Nankings löste einen neuen Aufschwung im Arbeitswettbewerb aus. Die Arbeiter vieler Betriebe beschlossen, als sie von der Befreiung Nankings erfuhren, täglich eine Stunde mehr zu arbeiten, um mehr Waffen und Munition für die nach Süden vorrückenden Armeen zu liefern.

An der Feier des 1. Mai nahmen in den befreiten Gebieten Chinas viele Millionen Werktätige teil. In Hunderten von Städten und Dörfern, die im letzten Jahr befreit wurden und wo der 1. Mai zum erstenmal in Freiheit gefeiert wurde, beteiligten sich die Einwohner mit ungeheuerer Begeisterung an den Demonstrationen.

An diesem Tage wurde in Mukden eine Industrieausstellung zu Ehren des 1. Mai eröffnet, auf der die Besucher Tausende neuer, von Arbeitern stammender Erfindungen und Vorrichtungen zur Steigerung der Produktion sahen. In Harbin fand eine Konferenz der Arbeitshelden statt, die hervorragende Erfolge in der Produktion erzielt haben.

Die Siege des chinesischen Volkes über die von dem aggressiven USA-Imperialismus inspirierte Kuomintangreaktion sind ein klarer Beweis für den Triumph der machtvollen Kräfte der Demokratie, an deren Spitze die Kommunistische Partei Chinas marschiert, die sich opferwillig in den Dienst der großen Sache der Befreiung der werktätigen Massen von der jahrhundertealten Knechtschaft chinesischer und ausländischer Unterdrücker stellt.

Die englisch-amerikanische Rivalität in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens

H. SALIMDSHANOW

DIEN offiziellen Kreise Englands und der USA suchen den Eindruck zu erwecken, als seien ihre Länder sich in Fragen der Kolonialpolitik völlig einig, als verfolgten sie ein höchst erhabenes und edles Ziel — Hilfe an rückständige Länder.

In Wirklichkeit herrschen zwischen den Kolonialinteressen Englands und der USA tiefwurzelnde Gegensätze, die keineswegs gemildert werden, sondern sich im Gegenteil noch verschärfen. Die englischen und die amerikanischen Imperialisten führen zweifellos einen Konkurrenzkampf für die Aufrichtung, Erweiterung und Befestigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft über die rückständigen Länder, für die Versklavung und die Umwandlung eines jeden von ihnen in ihren alleinigen Kolonialbesitz.

Selbstverständlich suchen England und die USA gegenwärtig im Nahen Osten in einer Reihe von Fragen geeint aufzutreten. Aber in welcher Hinsicht geschieht das? In der Schaffung strategischer Aufmarschgebiete gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, in der Unterjochung der nationalen Befreiungsbewegung der versklavten Völker, die sich gegen die Kolonialunterdrückung, sowohl die englische als auch die amerikanische, erheben. Die englischen und die amerikanischen Behörden schrecken die regierenden Klassen der rückständigen und abhängigen Länder mit einer ausgedachten „kommunistischen Gefahr“, sie hetzen sie zu Repressalien gegen die demokratisch und antiimperialistisch Gesinnten auf und wollen sich dadurch die Ausführung ihrer Expansionspläne erleichtern.

Als Folge des zweiten Weltkriegs war das Britische Reich gezwungen, eine Reihe seiner Positionen dem stärkeren Rivalen, dem USA-Imperialismus, abzutreten. Zugleich machen die englischen Imperialisten alle Anstrengungen, um eine übermäßige Verstärkung des amerikanischen Einflusses zu vereiteln.

So mußten die englischen Kapitalisten sich in Äthiopien nach Kriegsende darauf einlassen, daß einer amerikanischen Erdölgesellschaft eine Konzession in der von britischen Truppen besetzten Provinz Ogaden erteilt wurde. Kaum aber hatte eine Expedition dieser Gesellschaft mit der Erschöpfung von Erdölvorkommen begonnen, da-

setzten geheimnisvolle Überfälle von Banden „Unbekannter“ auf die amerikanischen Geologen und Ingenieure ein. Es kam so weit, daß die Expedition zeitweilig ihre Schürfungen einstellen und von der britischen Militärverwaltung in Ogaden Sicherheitsmaßnahmen für die USA-Fachleute verlangen mußte. In einheimischen Kreisen ist man überzeugt, daß die Sabotageakte in Ogaden von englischen Agenten inszeniert waren, um die amerikanische Gesellschaft zum Verzicht auf die „gefährliche“ Konzession zu zwingen.

Das Aufeinanderprallen der englischen und der amerikanischen Interessen sowie das Bestreben des britischen Imperialismus, sich seine Positionen zu bewahren, sind sehr anschaulich im Iran festzustellen. Die USA-Firmen Standard Oil of New Jersey und Socony Vacuum Oil schlossen 1946 ein Abkommen mit der Anglo-Iranian Oil Company, wonach 20 Prozent des im Südiran gewonnenen Erdöls diesen Firmen übereignet werden sollen. Im Frühjahr v. J. versuchten die USA-Gesellschaften, ihren Anteil auf 45—50 Prozent zu erhöhen. Eine solche Abmachung würde faktisch eine amerikanische Kontrolle über die Anglo-Iranian Oil Company und folglich eine bedeutende Schwächung der britischen Positionen im Iran bedeuten. Die englische Regierung traf Maßnahmen, um sich von diesen amerikanischen Forderungen „loszukaufen“. Sie schlug vor, sie werde ihre Ansprüche auf die Bahrein-Inseln und ihre Rechte auf Gewinnung von Bahrein-Öl teilweise den USA-Monopolen abtreten.

Durch diesen Gegenvorschlag glaubte England, die von ihm eroberten Positionen im Iran, wo bekanntlich die Konzession der Anglo-Iranian Oil Company einen regelrechten Staat im Staate bildet, unangetastet behalten zu können. Aber die USA-Monopole streben weiter eine Vormachtstellung in der ganzen Volkswirtschaft des Irans an und treten dabei sehr schmerhaft den englischen Firmen auf die Füße. Die englisch-amerikanische Rivalität im Iran wirkt sich stärkstens auf die käuflichen Regierungskreise dieses Landes aus. Die proamerikanischen und proenglischen Gruppierungen in der Regierung und im Medschlis befehlen einander. In den Zeitungen des Regierungslagers spiegeln sich die englisch-amerikanischen Gegensätze deutlich wider.

Der Kampf zwischen den englischen und den amerikanischen Monopolen um die Ölquellen und die Ressourcen anderer strategischer Rohstoffe im Irak, in Ägypten, in der Türkei, in Syrien, im Libanon und in andern Ländern nimmt an Schärfe zu. Bei dieser Rauferei scheuen die imperialistischen Räuber vor keinem Mittel zurück. Meuchelmorde, Bombenattentate, Staatsstreich, Kabinettwechsel — hinter allen diesen alltäglichen Erscheinungen des heutigen politischen Lebens in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens steckt die Rivalität der imperialistischen Mächte.

Die USA versprechen der Regierung in Kairo als Entschädigung dafür, daß sie den USA-Monopolen vorteilhafte wirtschaftliche und strategische Positionen in Ägypten einräumen, Unterstützung im Kampf gegen die englischen Interessen.

Als König Imam Jahja von Jemen sich voriges Jahr geneigt zeigte, den amerikanischen Ansprüchen Genüge zu tun, wurde er von englischen Agenten ermordet, die in Jemen eine Regierung nach eigenem Geschmack zu bilden suchten. Daraus wurde nichts — die Gegner waren stärker, die Kreaturen Englands wurden von den Anhängern der Politik des ermordeten Imam Jahja gestürzt, und dessen ältester Sohn, Ahmed, wurde zum König ausgerufen.

Syrien wird immer mehr zu einem Zankapfel, um den sich die amerikanischen und die englischen Imperialisten streiten. Im März kam es dort zu einem Staatsstreich. Charakteristisch ist, daß er sich gerade am Vorabend der Unterzeichnung des Finanzabkommens zwischen Frankreich und Syrien sowie des Abkommens mit der American Trans-Arabian Pipeline Company über die Anlegung einer Erdölleitung aus Saudisch-Arabien über Syrien nach Mittelmeerhäfen ereignete. Im Zusammenhang mit dieser Situation in Syrien entfalteten die englischen Marionetten, König Abdullah von Transjordanien und Nuri es Said Pascha, Ministerpräsident des Irak, eine rege Tätigkeit.

Es wurde energisch aufgefordert, sofort zur Ausführung des „Großsyrienprojekts“ nach altem englischem Plan zu schreiten. Gemäß diesem Plan sollten sich unter der Herrschaft König Abdullahs Transjordanien, der Irak (wo Vertreter der Haschimitendynastie auf dem Thron sitzen), ferner Syrien, der Libanon und der arabische Teil Palästinas zusammenschließen. Wegen der schroff ablehnenden Haltung der arabischen Völker zu den „Großsyrienplänen“ brachten die englischen Politiker eine andere Variante „Großsyrien“ aufs Tapet, die sogenannte „Union des segenspendenden Halbmonds“, bestehend aus dem Irak, Transjordanien, Syrien und dem arabischen Teil Palästinas.

Die Betriebsamkeit der englischen Agenten stieß sofort auf Widerstand von amerikanischer Seite. Als Gegenstück zu dem englischen Projekt einer Haschimitenmonarchie tauchte ein amerikanischer Plan auf, wonach ein Antihaschimitenblock unter Leitung der königlichen Höfe von Ägypten und Saudisch-Arabien gebildet werden sollte. Die Zeitung „Hamischmar“, die im Staate Israel erscheint, schrieb:

„Das Staatsdepartement der USA legt es darauf an, diesen Block zum Hauptwerkzeug der USA-Politik im Mittleren Osten zu machen. Im Zusammenhang hiermit hat Childs, der USA-Botschafter in Saudisch-Arabien, König Ibn Saud vorgeschlagen, ein geheimes militärisch-politisches Bündnis mit Ägypten und Syrien zu schließen... Für diesen Dienst versprach der USA-Botschafter Ibn Saud, dessen Anspruch auf ein Gebiet zwischen Maan und Akaba, das gegenwärtig Transjordanien gehört, zu unterstützen.“

Das italienische Blatt „Repubblica“ bezeichnet dies Projekt als eine „Warnung an Transjordanien und den Irak, die einen Haschimitenstaat zu bilden suchen“. Die amerikanischen Projekte beeinflußten sehr bald das syrische Regierungshaupt, General Husni Sayim. Sein Verhalten zu den Projekten „Großsyriens“ und des „segenspendenden Halbmonds“ änderte sich so sehr, daß König Abdullah es für angebracht hielt, seine Truppen an der Grenze Syriens zu konzentrieren. Hierauf wurden auch syrische Truppen an der transjordanischen Grenze zusammengezogen.

Die englisch-amerikanische Rivalität zeigt sich auch in der Palästinafrage. Nach dem Bankrott der britischen Politik in Palästina und nach dem Palästinabeschluß der UNO war die Regierung Englands gezwungen zu erklären, sie verzichte auf das Mandat über dieses Land. Die weiteren Ereignisse zeigten jedoch, daß das nur ein Manöver war, durch das England sich die ihm entgleitenden Positionen in Palästina erhalten sowie verhindern wollte, daß diese Positionen von USA-Monopolen besetzt werden. Der Krieg in Palästina spiegelte den Kampf zwischen den englischen und den amerikanischen Imperialisten um die Kommandohöhen in diesem Lande wider, um die Kontrolle über die Wirtschaft Palästinas und über den Hafen Haifa, der den Endpunkt der Erdölleitung bilden soll, die auf den im Irak gelegenen Ölfeldern ihren Anfang nimmt.

Die Ereignisse in Palästina haben gezeigt, daß England nicht die Absicht hat, den Bestand eines unabhängigen arabischen und jüdischen Staats in Palästina zu dulden, daß es vielmehr darauf ausgeht, seine Herrschaft in diesem Lande zu festigen. Die USA-Imperialisten, die Agenten in Zionistenkreisen haben, gehen darauf aus, die Wirtschaft und Politik im Staate Israel mit Hilfe

einer Dollaranleihe und mit andern Methoden unter ihre Kontrolle zu bringen. Der englische Partner macht sich seine alten Verbindungen in den Kreisen der jüdischen Bourgeoisie zunutze und sucht durch seine transjordanische Marionette König Abdullah den Teil Palästinas an sich zu reißen, in dem laut UNO-Beschluß ein arabischer Staat gebildet werden soll.

Einigen sich die englischen und die amerikanischen Imperialisten, so ist das eine Abmachung zwischen zwei rivalisierenden Räubern bei der Teilung der Beute. Die Aktionseinheit bei antidemokratischen, reaktionären Maßnahmen bedeutet nicht etwa Vereinigung der Gegensätze zwischen den USA und England in ihrer Politik, die sie in den Ländern des Nahen und Mittleren

Ostens betreiben. Zweifellos bekämpfen sie einander, wobei es um die Aneignung und Neuauftteilung der kolonialen und abhängigen Länder als Bezugsquellen strategischer Rohstoffe, als Absatzmärkte und militärische Stützpunkte geht und jeder bestrebt ist, die vorteilhaftesten Positionen zu erobern. Die Politik sowohl der amerikanischen als auch der englischen Imperialisten richtet sich offenkundig gegen die Lebensinteressen der Völker dieser Länder, ihr Ziel ist deren Ausplünderei und Versklavung. Die großen Massen der nahöstlichen Völker lernen jetzt aus eigener bitterer Erfahrung erkennen, daß ihre Rettung im Zusammenschluß aller ihrer Kräfte zum Kampf für nationale Befreiung, Demokratie und Unabhängigkeit liegt.

Das Revancheprogramm der Hitlergeneralität

(Eine Auslandspresseschau)

L. ROWINSKI

DIETATTSACHE, daß bei dem heilgebliebenen Teil der Hitlergeneralität, der von den Behörden der Westzonen Deutschlands unter ihre Fittiche genommen wird, Revanchestimmungen herrschen, ist kein Geheimnis. Die demokratische deutsche Presse brachte in den letzten 2–3 Jahren eine Reihe enthüllender Materialien über die finsternen Absichten auf Wiederherstellung des deutschen Imperialismus bei den einen oder anderen der geschlagenen Hitlergenerale, die auf ihren Rittergütern oder in einem englischen Sanatorium leben oder auch ganz offen im Dienst der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden stehen. Die sensationslüsterne Neuyorker und Londoner Boulevardpresse brachte Dutzende von Unterhaltungen mit diesen Generalen, bei denen kaum unterdrückte Revanchemotive durchklangen. Aber solche Interviews mit einzelnen Generalen sind nur schüchternes Gestammel im Vergleich zu einem Aufsatz, der im Aprilheft der österreichischen Zeitschrift „Berichte und Informationen“ abgedruckt ist. Die Zeitschrift wird in Wien von dem sogenannten Österreichischen Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik herausgebracht.

Der Aufsatz ist etwas ungewöhnlich in seiner Form. Die Redaktion der österreichischen Zeit-

schrift, die vorhatte, ihre älteren amerikanischen und englischen Brüder im Zeichen der Feder zu übertrumpfen, hielt Umfrage nicht bei einem oder zweien, sondern gleich bei vielen deutschen Generälen, „deren Namen während des letzten Krieges der ganzen Weltöffentlichkeit ein Begriff waren“. Womit sich diese Mordbuben im Generalsrock „Weltberühmtheit“ erworben haben, verschweigen die „Berichte und Informationen“ lieber. Der Grund für diese Schamhaftigkeit wird vollauf verständlich, wenn man sich mit den Fragen bekannt macht, die den deutschen Generalen gestellt wurden, und damit, was sie auf diese Fragen zu antworten hatten.

Es wurden sage und schreibe 14 solcher Fragen gestellt. Hier einige von ihnen.

Wie stehen die Herren Generale zu Plänen einer Remilitarisierung Deutschlands? Welche politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, bevor eine deutsche Armee aufgestellt werden kann? Müßte die militärische Hoheit innerhalb Deutschlands in deutschen Händen liegen? Sind die Herren deutschen Generale damit einverstanden, daß „beispielsweise ein amerikanischer General in Deutschland beauftragt wird, den militärischen Wiederaufbau durchzuführen“?

und das deutsche Heer als verlängerten Arm der Amerikaner zu schaffen?“ Würde die Aufstellung einer Polizeiarmee genügen? Soll ein neues deutsches Heer nur aus Infanterie bestehen? Ist so gleich Wehrpflicht einzuführen oder soll man vorläufig ein deutsches Heer „auf freiwilliger Basis“ schaffen? „Glauben Sie, daß durch die amerikanischen Urteile gegen Offiziere und Mannschaften wegen Befolgung von heute als völkerrechtswidrig bezeichneten Befehlen die im Kampf gegen die Sowjetunion nötige Disziplin beeinflußt werden kann?“

Man begreift ohne Schwierigkeit, daß die Hitlergenerale schon allein durch die Art der Fragestellung veranlaßt werden sollten, frisch von der Leber weg über ihre Annahmen, Absichten, Hoffnungen und Forderungen zu sprechen. Der im Aprilheft der „Berichte und Informationen“ erschienene Aufsatz mit der nach Goebbels klingenden Überschrift „Deutschland als militärischer Schutzwall des Westens“ enthält auch sozusagen das gemeinschaftliche Minimalprogramm der befragten Hitlergenerale.

Was verlangen diese Herren von ihren neuen, amerikanischen Auftraggebern? Die befragten Generale sind keineswegs Kostverächter. Als anfängliche Voraussetzungen für den Erfolg bei der Wiederherstellung des deutschen Militarismus schlagen sie vor:

„... Anerkennung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und offizielle Verkündigung dieses Ziels durch die Westmächte... Moralisch-politische Gleichberechtigung Westdeutschlands, d. h. praktisch gleichberechtigte Eingliederung in eine europäische politische Union und in die damit zusammenhängenden und sich daraus ergebenden Pakte und militärpolitischen Verträge.“

„Konsequente Fortsetzung der Genesungspolitik. Aufhören der Demontagen, keine... Einschränkungsbestimmungen mehr.“

„Eine Polizeiarmee ist keine Armee und für einen Krieg ein unbrauchbares, halbes Mittel.“

„Für den Waffendienst könnte aber zunächst auf die Freiwilligkeit zurückgegriffen werden, zumal man mit dem Aufbau eines Rahmens beginnen müßte. Später wäre eine Waffendienstpflicht auch... nötig.“

Der Gedanke, man könne ein deutsches Heer auf Infanterie allein beschränken, sei

„eine ganz kindliche Auffassung... Ein Heer kann nicht nur aus Infanteristen bestehen...“

„Überprüfung der Nürnberger Generalsverurteilungen, nicht so sehr der einzelnen Persönlichkeit wegen, sondern um das Prinzip des Gehorsams, der Eidespflicht, der Disziplin wieder zur Geltung zu bringen.“

„Eine amerikanische Oberleitung... wäre möglich, tragbar und sogar erwünscht,... ferner eine deutsche oberste Befehlsstelle, die die Befehle an die deutsche Truppe gibt, und deutsche Truppenkommandeure.“

Die angeführten Auszüge sind völlig ausreichend, um sich darüber klarzuwerden, daß wir

es mit einem umfassenden Programm zu tun haben, das Hitler, Goebbels, Göring, Rosenberg und die andern Rädelsführer des deutschen Faschismus mit Freuden unterschrieben hätten, wenn sie noch am Leben wären.

Ein besonders wunder Punkt für die Verfasser dieses Programms ist die Frage der Strafbarkeit von Kriegsverbrechen. Die Hitlergenerale beschränken sich nicht darauf, direkt eine Überprüfung der Nürnberger Urteile zu fordern, sondern entwickeln eine gewisse Philosophie, die an das natürliche Solidaritätsgefühl der englisch-amerikanischen Militaristen appelliert, die einen neuen Weltkrieg und neue Kriegsverbrechen vorbereiten. Diese mit rein preußisch-junkerhafter Sturheit vorgebrachte „Philosophie“ ist derart kennzeichnend für die Geistesrichtung nicht allein der deutschen faschistischen Generale, daß wir uns gestatten, eine solche Stelle aus dem programmatischen Aufsatz teilweise zu zitieren:

„Durch die Nürnberger Urteile ist der Begriff des unbedingten Gehorsams getrübt worden, ohne den keine Wehrmacht auskommen kann. Nach diesen Urteilen kann jeder, der einen Befehl nicht befolgen will, sich hinter seinem Gewissen verschleiern und mindestens durch Verlangen nach Überprüfung den Befehl verzögern und sabotieren. Nur beispielhaft sei erwähnt, daß die Beschießung unverteidigter Städte auch aus der Luft nach dem Völkerrecht immer noch verboten ist. Es wäre besser gewesen, wenn man an Stelle der Prozesse gegen gehorsame Generäle das Völkerrecht überprüft und ergänzt bzw. geändert hätte... Denn daß Nürnberg Schule macht, zeigt die Forderung der siegreichen chinesischen Kommunisten, die Tschiang-kaischek als Kriegsverbrecher ausgeliefert haben wollen.“

Die Hauptbefürchtungen der deutschen Generale, die zweifellos auch von den englischen und amerikanischen Militaristen geteilt werden, bestehen, wie wir sehen, darin, daß die Volksmassen nicht gewillt sein werden, sich den Kriegsverbrechern zu fügen, und daß sie gegen einen Krieg aufstehen werden. Diese Befürchtungen sind durchaus begründet. Andererseits sind die Berechnungen der Hitlergenerale, sie und ihre englisch-amerikanischen Kollegen könnten möglicherweise das „Völkerrecht abändern“ und sich gut gegen Strafen für neu in Vorbereitung befindliche Kriegsverbrechen sichern, mehr als illusorisch. Die übriggebliebenen Kriegsverbrecher von gestern und die potentiellen von morgen haben alle Ursache, vor der kommenden Vergeltung der Völker zu zittern.

Das Programm für die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus, das von den „Berichten und Informationen“ propagiert wird, verdient der Beachtung nicht allein und nicht so sehr

darum, weil es, wie wir sehen, die aus einem Gemisch aus Angst und Frechheit bestehenden Absichten des hitlerfaschistischen Militärklüngels und der hinter ihm stehenden, revanchelüsternen Monopolherren demonstriert. Ist es denn verwunderlich, wenn die sturen deutschen Generale nichts vergessen und aus den, wie man meinen sollte, so vielsagenden Erfahrungen der jüngsten Geschichte nichts zugelernt haben?! Besonders bemerkenswert aber ist schon die Tatsache, daß ein solches Revancheprogramm im Frühjahr 1949 in einer halbamtlchen österreichischen Zeitschrift so offen publiziert worden ist. Dies zeigt, daß die Vibrationen des Revanchismus sich nicht willkürlich vermehren, sondern in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs sorgfältig gezüchtet werden.

Die Politik des englisch-amerikanischen Blocks in Deutschland, Österreich und im ganzen übrigen Europa wie in allen internationalen Angelegenheiten wird als bester Nährboden für die Bazzillen der imperialistischen deutschen Revanche dienen. Sind etwa die Behörden der USA und Englands nicht die direkten Anstifter des in den „Berichten und Informationen“ veröffentlichten Programms, diese Behörden, die die Rüstungsindustrie im Rheinland und Ruhrgebiet, das Fundament der hitlerfaschistischen Kriegsmaschine, wiederherstellen, Militärflugplätze „Kategorie aa“ instand setzen und bereits viele tausend Mann starke deutsche Truppenteile geschaffen haben, die zartfühlend „Polizeiabteilungen“ genannt werden! Wird dieses Programm etwa nicht von den Behörden inspiriert, die Hitlers Feldmarschälle und Generale Rundstedt und Strauß amnestieren und sich die Dienste solcher Leute für ein monatliches Dollarentgelt kaufen, wie das

z. B. mit dem schlimmsten Kriegsverbrecher Guadian der Fall ist?!

Die englisch-amerikanische Nachfrage nach deutschen Landsknechten hatte naturgemäß ein Angebot von seiten der Hitlergeneralität zur Folge. Natürlich sind die USA-Monopolherren in ihrer Selbstzufriedenheit überzeugt, die deutschen Generale und Industriellen werden sich für lange Zeit, wenn nicht gar für immer mit der Rolle gehorsamer Vollstrecker amerikanischer Befehle begnügen. Das in den „Berichten und Informationen“ veröffentlichte Programm zeigt, daß der Appetit seiner Verfasser und Urheber bedeutend größer ist. Sie beanspruchen — für den Anfang — Gleichberechtigung im amerikanisch-englisch-deutschen Konzern für die Eroberung aller Länder der Welt.

Das Programm der deutschen Generale führt erneut und mit besonderer Anschaulichkeit der demokratischen Öffentlichkeit die hinlänglich bekannte Wahrheit vor Augen, daß die hartnäckig von den regierenden Kreisen Englands und der USA betriebene und verteidigte Politik ein Spiel mit dem Feuer ist, ein Spiel um das Blut und Leben hunderter Millionen Menschen, deren Vernichtung die deutschen Generale gern erneut versuchen möchten, wie sie das unter der Führerschaft Hitlers in den Jahren 1939—1945 versucht haben. Es versteht sich von selbst, daß ihre Hoffnungen auf Erfolg — selbst bei Unterstützung durch die amerikanischen und englischen Monopole — jetzt noch illusorischer sind, als sie es vor zehn Jahren waren. Denn die Kräfte, die gegen die Weltherrschaftsanwärter — die neuen wie die alten — Front machen, diese Kräfte, an deren Spitze die Sowjetunion steht, sind jetzt mächtiger denn je.

Senator Flanders' Abstecher in die USA-Wirklichkeit

L. SEDIN

SELBST im jetzigen USA-Kongreß fällt Senator Ralph Flanders als großer Streithammel auf. Binnen kurzer Zeit — drei bis vier Wochen — hat der kampflustige Republikaner aus dem abgelegenen Staat Vermont mehrere Spielarten einer „politischen Offensive“ gegen die Sowjetunion vorgeschlagen, eine immer querköpfiger und provokatorischer als die andere. Eins seiner neuesten Projekte ist dies: Flugblätter, Broschüren sowie anderes Propagandamaterial in genügender Menge herzustellen und damit amerikanische Flugzeuge zu beladen, die es über Sowjetterritorium abwerfen sollen. Liest das Sowjetvolk von den Reizen des Lebens im amerikanischen Paradies, so wird es, wie der scharfsichtige Senator meint, den Imperialisten unverzüglich gestatten, sich ihm in den Nacken zu setzen.

Zur Begründung seines Antrags stützte sich Flanders auf die hochmaßgebliche Meinung eines anderen Psychopathen, eines gewissen Bonner Frank Fellers, Brigadegenerals a. D. und früheren Fachmanns für den „psychologischen Krieg“ gegen die Japaner. Mitte Mai hat der unermüdliche Flanders, laut Meldung der Agentur United Press, in einer Funkrede eine neue Variante des gleichen Plans dargelegt, welche die Anwendung von Luftballons vorsieht. Wie die Nachrichtenagentur mitteilt, hat Flanders beantragt, man solle Freiballons an einigen Stellen West- und Mitteleuropas aufsteigen lassen, von wo günstige Winde sie, wie der Senator hofft, in die Sowjetunion tragen werden.

Das maniakalische Wesen der Plänemacherei Flanders' ist also ganz offensichtlich. Aber die Fachpsychiater greifen auch diesmal, wie im Fall Forrestal, zu spät ein. So toll es vom Standpunkt jedwedes normalen Menschen auch sein mag, die amerikanische Presse stellt sich einstweilen, als nehme sie Flanders' Projekte ebenso ernst wie noch vor kurzem Forrestals Vorschläge betreffs eines „künstlichen Trabanten der Erde“. Über diese Vorschläge schreiben die Zeitschriften, deren Berichterstatter zu den Pressekonferenzen des Senators in hellen Haufen herbeiströmen. Die größten Nachrichtenagenturen erörtern in ihren Kommentaren mit gespielter Wichtigkeit die Realisierungsmöglichkeiten des

Flandersplans unter dem Blickpunkt des Völkerrechts...

Bis vor kurzem blieb nur die Frage offen, welche Seiten des „amerikanischen Lebensstils“ in Flanders' Propagandaliteratur benutzt werden können. Die Senatsdebatten über den Entwurf eines Wohnbaugesetzes, an denen Flanders teilnahm, haben auch auf diese Seite der Angelegenheit Licht geworfen.

Von der Senatskommission, die den Gesetzentwurf ausarbeitete, ist — zum wievielen Mal schon! — das fällige Programm zur Liquidierung der Elendsviertel in den USA und zum Bau billiger Wohnungen für Arbeiter und Farmer vorgelegt worden. Bekanntlich erörterte man solche marktschreierischen Programme erfolglos und ergebnislos schon in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden des Kongresses. Die Lage der Bevölkerung hat sich hierdurch in keiner Weise verändert. Im April 1949 konnte die Senatskommission abermals konstatieren, daß

„gegenwärtig jede fünfte Familie der Stadtbevölkerung in Elendsvierteln haust, wodurch Krankheiten, Verbrechen und Kinderkriminalität hervorgerufen werden“.

Im Kommissionsbericht wird insbesondere darauf hingewiesen, daß Erhebungen zufolge, fast 8,5 Millionen Häuser im Lande der elementaren Bequemlichkeiten entbehren und einer gründlichen Instandsetzung bedürfen. Beim gegenwärtigen Tempo des Wohnungsbaus wird die Zahl solcher Häuser bis 1960 auf fast 18 Millionen anwachsen.

Höchst markant wird dies Bild durch Reden einzelner Senatoren vervollständigt, welche es von Zeit zu Zeit für nützlich halten, ob des schweren Loses von Millionen Amerikanern, die durch den Kapitalismus der Wohltaten der Zivilisation beraubt sind, eine Träne zu vergießen.

Senator Paul Douglas vom Staat Illinois legte Photographien der Elendsviertel seiner Heimatstadt Chicago vor, wo „die sogenannten Elendsbezirke 12 bis 20 Quadratmeilen umfassen“. Er führte auch Tatsachen an, die einige andere Großstädte betreffen. In Atlanta, der Hauptstadt des Staates Georgia, hausen 137 000 Personen in abscheulichen schmutzigen Elendsvierteln. In den Armenvierteln, die 20 Prozent des Stadtgeländes einnehmen, wohnen 39 Prozent der Bevölkerung.

Auf diese Viertel entfallen 69 Prozent aller Tuberkuloseerkrankungen und 72 Prozent der gesamten Kinderkriminalität. In Birmingham (Staat Alabama) war von 1938 bis 1942 die gesamte durch Krankheiten verursachte Sterblichkeit im Bezirk der billigen Wohnungen um 72 Prozent höher als in den anderen Stadtteilen und hierbei die Sterblichkeit infolge von Tuberkulose um 507 Prozent, die Kindersterblichkeit um 117 Prozent höher!

Senator Flanders nahm an der Debatte teil. Er berichtete seinen Kollegen von den Eindrücken einer indischen Reisenden, die einen Elendsbezirk gerade in der USA-Hauptstadt Washington aufgesucht hatte. Nur fünf oder sechs Wohnblocks vom Kongreßgebäude entfernt sah sie eine große Anzahl Häuser, die weder Wasserleitung noch Beheizung noch elektrische Beleuchtung besitzen. Sie sah Gassen, in denen die Einwohner genötigt sind, sich ihre Kost im Freien zuzubereiten. Sie sah Stuben, in denen 13 Personen hausen...

Auch Senator Flanders selber erkührte sich, einen Spaziergang in das Elendsviertel zu unternehmen, wobei er seine Bemühungen um „Rettung“ des russischen Volks zeitweilig hintansetzte. Dann erzählte er in seiner Senatsrede vom 18. April, er sei „erstaunt und empört darüber, daß in den Vereinigten Staaten solche Verhältnisse existieren können“. Er finde keine Worte, um dem Senat das absolute Elend zu schildern, in dem gerade hier, in unmittelbarer Nähe des Kongreßgebäudes, viele Tausende dahinvegetieren...

Nach dem unternehmungslustigen Senator begaben sich einige Berichterstatter hauptstädtischer Blätter in die Washingtoner Elendsviertel. Auch sie wollten den billigen Ruhm von „Freunden des Volkes“ ergattern und veröffentlichten

deshalb einige sensationelle „Enthüllungen“ über die entsetzlichen Lebensbedingungen in den Elendsbezirken. Der Reporter der „Washington Post“ beschrieb Straßen, wo man „eine Masse Kinder und Erwachsene mit mürrischem Gesichtsausdruck und Häuser mit abgebrochenem Gebälk“ wahrnehmen kann. In einer der Straßen, so meldete die Zeitung, waren 29 von 30 im Freien errichteten Aborten lange Zeit zugängelt. In einem kleinen Haus lebt eine zwölfköpfige Familie in entsetzlichem Elend. „Im Winter hatte diese Familie keine Kohlen, manchmal auch kein Petroleum für die Lampe.“

Die indische Reisende verglich ihre Eindrücke mit dem prahlerischen Gefasel vom „amerikanischen Lebensstil“ und verhehlte nicht ihre Empörung über die Heuchelei und Scheinheiligkeit der heutigen USA-Machthaber. Sie bemerkte:

„Bei uns in Indien lebt man unter ebenso schlechten Verhältnissen, aber wir prahlen nicht vor der übrigen Welt mit unserem Lebensstil.“

Schwer zu sagen, ob diese gerechtfertigte Bemerkung das seelische Gleichgewicht des Senators Flanders wiederherstellen oder ob er wieder einmal eine Pressekonferenz einberufen wird, um einen neuen Plan zu offenbaren, wie man die Reize des amerikanischen Lebens mittels Brieftauben oder Drachen in Rußland propagieren sollte, die man direkt aus einem Washingtoner Elendsviertel aufsteigen lassen könnte. Da jedoch für die Wahrheit über die schweren Lebensbedingungen der breiten amerikanischen Volksmassen höchstwahrscheinlich nie ein günstiger Wind aus Washington wehen wird, halten wir es für nützlich, einige Tatsachen ruchbar zu machen, die Flanders und seine Freunde hinter den weißen Marmormauern des USA-Kongresses dargelegt haben.

Internationale Umschau

(Notizen)

ENTHÖLLE GEHEIMNISSE

Nach seiner Rückkehr von der Imperiumskonferenz in London strengte sich der indische Ministerpräsident Nehru nicht wenig an, vor der Öffentlichkeit des Landes den wahren Sinn der dort gefassten Beschlüsse zu verheimlichen.

Wie bekannt, unterzeichnete Nehru in London ein Abkommen, kraft dessen Indien im Britischen Reiche verbleibt. Die Einwilligung in diesen Beschuß war von verschiedenen Vorbehalten begleitet, wie etwa dem, daß die britische Krone von jetzt ab für Indien nur „symbolische“ Bedeutung habe. Trotzdem beurteilte die demokratische Öffentlichkeit Indiens diesen politischen Akt Nehrus mit Recht als einen Akt, der im Widerspruch zum Kampf für die Unabhängigkeit des Landes steht.

In einer Rundfunkrede und auf einer Pressekonferenz schwor Nehru, in London seien

„keinerlei Geheimbeschlüsse gefaßt und keinerlei Verpflichtungen übernommen worden, die unsere Souveränität einschränken oder unsere Innen- bzw. Außenpolitik beeinflussen.“

Nehru gelobte feierlich, Indien werde sich keinerlei Blocks anschließen. Es stellte sich jedoch etwas ganz anderes heraus. Am 11. Mai erklärte der englische Außenminister Bevin im Unterhaus, auf der Londoner Beratung der Außenminister Großbritanniens, Indiens, Pakistans und Ceylons habe man vereinbart, der Regierung Birmas „Hilfe“ zu leisten, um möglichst bald „Ruhe und Ordnung in Birma wiederherzustellen“, d. h. die Volksbefreiungsbewegung zu unterdrücken. Bevin erklärte weiter, um die Erfüllung dieses Beschlusses von allem Anfang an sicherzustellen, sei in Rangoon eine Spezialkörperschaft aus den Botschaftern der vier genannten Staaten gebildet worden.

Somit war der Vorhang gelüftet worden, der die wichtigsten Londoner Beschlüsse verbarg. Es erwies sich, daß in London Geheimverhandlungen stattgefunden hatten. Ihr Ergebnis war ein Bündnis der Regierungen Indiens, Pakistans und Ceylons unter englisch-amerikanischer Ägide. Zu den Aufgaben dieses Bündnisses gehört die Unterdrückung der demokratischen Bewegung in den Ländern Südostasiens. Jetzt richtet sich das Bündnis in erster Linie gegen das Volk Birmas, das für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes kämpft.

An dem neu zusammengezimmerten antidemokratischen Block nehmen die regierenden Kreise Indiens aktivsten Anteil. Indien ist darin die Hauptrolle zugewiesen, die Rolle des englisch-amerikanischen Agenten in Südostasien. Ramaswami Mudaliar, der indische Vertreter in den internationalen Organisationen, der kürzlich aus den USA zurückgekehrt ist, erklärte Pressevertretern gegenüber:

„In Amerika betrachtet man Indien als eine östliche Bastion der Demokratie“ (man meint wohl das englisch-amerikanische Polizeiregime), „als einziges Land, das gegen den Kommunismus ankämpft.“

Die Schaffung eines antidemokratischen Bündnisses Englands, Indiens, Pakistans und Ceylons ist nur eine Vorstufe zur Einbeziehung der Länder Südostasiens in das englisch-amerikanische System von Kriegsblocks. Vor kurzem meldete die Auslandspresse, in Bälde werde eine Konferenz zu Fragen der „Verteidigung“ Südostasiens stattfinden, an der Vertreter Englands, der USA, Frankreichs, Hollands, Indiens, Birmas, Malays, Siams, Indochinas, Indonesiens und der Philippinen teilnehmen würden. Diese Konferenz wird die Schaffung eines pazifischen Kriegspakts unter der Ägide der USA und Englands bezeichnen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es klar, was die Erklärungen über eine „unabhängige Politik“ wert sind, die Indien angeblich zu betreiben beabsichtigt. Ein Resultat der Londoner Konferenz ist die beschleunigte Einschaltung Indiens in den offenen Kampf zur Unterdrückung der volksdemokratischen Bewegung in Südostasien. Aber es läßt sich vor dem Volk nicht verbergen und verhehlen, daß die Politik der Reaktionäre aus dem Indischen Nationalkongress zur Umwandlung Indiens in einen militärstrategischen Stützpunkt des englisch-amerikanischen Imperialismus im Osten führt.

DIE LÜGENMÄRCHEN GUNALTAYS

Bekanntlich proklamierten die Kemalisten, als sie in der Türkei zur Macht kamen, das Prinzip des Laientums (der Weltlichkeit), was Lostrennung der Religion vom Staat und Aufhebung des Kalifats bedeutete. Die heutige regierende Clique der Türkei hat die Wiederherstellung des Kalifats

und die Heranziehung reaktionärer religiöser Kreise zur Propaganda für den Militarismus und für einen neuen Krieg unternommen.

Von den USA-Imperialisten angefeuert, tragen sich die türkischen Reaktionäre mit Eroberungsplänen, mit Plänen zur Schaffung eines „Großturan“ und zur Aufrichtung ihrer Herrschaft über die 65 Millionen in verschiedenen Ländern lebenden Moslems. Unter den türkischen Soldaten wird eine chauvinistische Propaganda betrieben, die mit hirnverbrannten Ideen vom Zusammenschluß aller Moslems unter türkischer Flagge reichlich gespickt ist.

Bei ihrer Politik, die darauf hinausläuft, durch Predigt der Rassenideen des Panturkismus und der Wiederherstellung der „Macht des Islam“ eine Kriegspsychose im Lande zu unterhalten, stützt sich die regierende Clique der Türkei nicht nur auf die an der Macht befindliche Republikanische Volkspartei, sondern auch auf sogenannte Oppositionsparteien. In den Programmen dieser Parteien gibt es Punkte, die im Grunde nichts anderes sind, als eine Forderung nach Rückkehr zum Kalifat.

Die rassenhetzerisch-religiöse Propaganda hat in der Türkei mit dem Machtantritt der Regierung Gündalay besonders hemmungslosen Charakter angenommen. Wie verderblich diese Politik für das Land ist, können nicht einmal Journalisten und Zeitungen verhehlen, die dem demokratischen Lager sehr fernstehen. So schrieb kürzlich Burhan Belge in der Zeitung „Siyasi Mektub“:

„Die größte Gefahr für die Türkei ist heutzutage die schwärzeste und rückschrittlichste Reaktion.“

Die regierende Clique der Türkei kann sich nicht entschließen, ihren Verrat an den Prinzipien des Kemalismus und ihr Bündnis mit den düstersten Kräften der religiösen Reaktion offen zuzugeben. Der türkische Ministerpräsident Gündalay fand einen originellen Ausweg aus der Situation. Am 30. April gab er dem Redakteur der Zeitung „Tan“ ein Interview, in dem er, im Gegensatz zu allen seinen Maßnahmen, erklärte, seine Regierung werde nicht zulassen, daß die Religion als politische Waffe benutzt werde. Damit nicht genug, genierte er sich nicht, sogleich eine verleumderische Fabel zu erfinden, wonach die „Wühlpropaganda, die sich auf die Religion stützt, vom Ausland her inspiriert wird“ und die „in Erzerum festgestellten Fälle von Wühlpropaganda ihren Ursprung im sowjetischen Aserbaidschan haben“.

Wie dumm diese Verleumdung des sowjetischen Aserbaidschans ist, kann selbst sehr naiven Leuten nicht entgehen. Es ist ganzverständlich, wozu diese Erfinding gebraucht wurde. Gündalay bemüht sich, die Spuren seiner Politik zu verwischen,

die auf Schürung der Kriegspropaganda mit Hilfe religiöser, panturkistischer Elemente in der Türkei hinausläuft. Diese Politik zu verhehlen, ist ebenso unmöglich, wie die amerikanischen Dollars, die ihren Vollstreckern zufließen.

AGENTEN DER TITOCLIQUE IN ALBANIEN

Am 11. Mai begann in Tirana, der Hauptstadt der Republik Albanien, ein Prozeß gegen ein Häuflein Verschwörer, an deren Spitze der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und Inneminister Koçi Xoxe gestanden hat. Koçi Xoxe und seine Helfershelfer bildeten in Albanien die „Fünfte Kolonne“ der Titoclique, die beabsichtigte, Albanien von der Familie der volksdemokratischen Republiken und der Sowjetunion loszureißen und es zur Kolonie, zu einem Rohstoffanhängsel Jugoslawiens zu machen. Die Verschwörer aus der Gruppe Koçi Xoxes fügten Albanien großen Schaden zu, indem sie die Wiederherstellung und Fortentwicklung seiner Volkswirtschaft zu hemmen suchten.

Der Korrespondent Bronisław Wiernik von der polnischen Zeitung „Trybuna Ludu“ meldete neulich aus Tirana Erschütterndes über die räuberische Tätigkeit der Belgrader Anwärter auf die Herrschaft über Albanien.

„In dem kleinen Albanien“, so schreibt Wiernik, „habe ich gesehen, worin die ‚großjugoslawische‘ Politik besteht. Das ist eine imperialistische Politik, wie ein Mutterland sie gegenüber seiner Kolonie betreibt.“

„Unter Ausnutzung der Dienststellung Koçi Xoxes und seiner Helfershelfer“, so fährt Wiernik fort, „führten die Machthaber Jugoslawiens aus albanischen Fabriken zahlreiche Maschinen und Werkbänke — angeblich ‚zu Reparaturzwecken‘ — fort, um sie nicht mehr zurückzubringen; sie eigneten sich in Albanien einen von Deutschland als Reparationsleistung erhaltenen Dampfer an, holten aus dem Hafen Durres den einzigen tauglichen Hebekran fort und hintertrieben den Bau der Eisenbahnstrecke Durres—Skopje. Sie hinderten die Wiederherstellung bestehender Fabriken und den Bau neuer, schlossen die Ölraffinerie in Kucewo usw. Diese ganze räuberische, kolonialistische Betätigung wurde als ‚Koordinierung‘ der Wirtschaftspläne beider Länder aufgemacht.“

„Wozu braucht ihr Albaner Fabriken?“ fragten die Belgrader Politiker in pharisäischem Ton. „Wir werden euch ja beliefern...“

Aber wie sah diese „Belieferung“ in Wirklichkeit aus?

Die jugoslawischen Geschäftemacher zahlten für albanische Rohstoffe 50 Prozent weniger, als auf andern Märkten gezahlt wird, und sabotierten

die Lieferungen laut Handelsabkommen. Die Waren aber, die Jugoslawien nach Albanien einführte, verkaufte es den Albanern zu Schieberpreisen.

Die Sache hatte bei dieser Räuberei nicht ihr Bewenden. Die Belgrader Clique organisierte Sabotage- und Schädlingsakte in der Volkswirtschaft Albaniens — auf den Eisenbahnen, auf den Ölfeldern und in den Fabriken. Zu diesem Zweck wurden, angeblich zu technischer Hilfeleistung, Schädlingsagenten aus der Zahl der ehemaligen Kollaborationisten, Industriellen und Großkaufleute nach Albanien geschickt, die unter dem Schutz und mit Hilfe der Agenten Koçi Xoxes vorgingen.

Der Prozeß gegen Koçi Xoxe und Konsorten hat gezeigt, daß die Verschwörer versuchten, die Regierung Enver Hodža zu verunglimpfen, sie zu stürzen, und zwar um Albanien der Titoclique zu unterwerfen und das Land dem Lager des Imperialismus einzuverleiben. Zu ihren Plänen gehörte die Ermordung von Führern des albanischen Volkes. Die Clique Tito wollte ihren Agenten in Albanien zur Macht verhelfen.

Koçi Xoxe mit seinen Kumpanen hatte bereits wichtige Stellungen im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat des Staates sowie in der Leitung der Arbeitspartei besetzt. Es ist dem albanischen Volk jedoch gelungen, die Verbrecher rechtzeitig zu entlarven und unschädlich zu machen.

Der Prozeß Koçi Xoxes zeigt, welche Rolle die Renegaten des Sozialismus, wie es die Clique Tito-Ranković und ihre Söldlinge sind, wirklich spielen. Hieraus folgt mit aller Eindringlichkeit, welche Bedeutung der Wachsamkeit gegenüber allen und jeglichen Äußerungen des bürgerlichen Nationalismus zukommt.

EIN CHAMPION DES WORTBRUCHS

Die neueste Rede Francos nach dem Fiasko seiner Fürsprecher in der UNO-Vollversammlung unterschied sich wenig von dem üblichen frechen, verlogenen Geschwätz dieses Henkers des spanischen Volkes. Aber in seinem Feuereifer ließ sich Franco über ein Dokument aus, das der Beachtung verdient. Es handelt sich um ein Telegramm des Herzogs von Alba, der während des Krieges spanischer Botschafter in London war, an das spanische Außenministerium. Das Telegramm trägt das Datum des 2. Oktober 1941. Hier sein Wortlaut:

„Heute Frühstück in der Botschaft. Anwesend: Churchill, Eden, Samuel Hoare, englischer Botschafter in Madrid, u. a. Der Premierminister sagte mir in der Unterhaltung, ihm wäre es erwünscht, wenn Spanien immer mehr prosperiert und erstarkt; er sagte, wenn England den Krieg gewonne, — woran er nicht im

geringsten zweifle —, werde Frankreich ihm viel schuldig sein, während England Frankreich gegenüber keinerlei Dankespflicht haben werde. England würde dann einen starken und entscheidenden Druck ausüben können, damit Frankreich die rechtmäßigen Forderungen Spaniens in Nordafrika befriedige. Ihm zufolge werde die Macht Italiens ebenso wie Frankreichs bedeutend abnehmen, und das werde Spanien Gelegenheit geben, zur stärksten Mittelmeermacht zu werden; in dieser Angelegenheit könne es auf die entscheidende Hilfe Englands rechnen. „Wir sind entschlossen“, so fügte er hinzu, „Spanien in allen Stücken zu helfen. Wir verlangen nur, Spanien solle die Deutschen nicht durchmarschieren lassen.““

Es ist wohlbekannt, daß der Herzog von Alba bei den englischen Konservativen ein- und ausging, und deshalb ruft die Maßgeblichkeit seiner Informationen keinerlei Zweifel hervor. Wie man sieht, hatte Churchill ihm gegenüber keine Bedenken und sprach unverblümmt. Churchill trug dem Botschafter Francospaniens, des damaligen Verbündeten Hitlers, Beute in Gestalt der afrikanischen Gebiete Frankreichs, des Verbündeten Englands, an. Churchill gaukelte dem Franco-regime Verlockendes vor: „die stärkste Mittelmeermacht zu werden“. Er bat nur um eins: die Deutschen nicht nach Gibraltar zu lassen.

Das ist wieder einmal ein Rekord Churchills in Verräterei, der zufällig bekanntgeworden ist. Derartige Akte von Wortbrüdigkeit und Verrat kennt die Geschichte der Diplomatie der britischen Regierungskreise sowohl aus den Vorkriegsjahren als auch aus der Zeit des zweiten Weltkriegs und den Nachkriegsjahren in nicht geringerer Zahl. Hierzu gehören die Verschächerung der Tschechoslowakei in München an Hitler, die wortbrüchige Verzögerung der Eröffnung der zweiten Front in der Absicht, die Sowjetunion zu schwächen, und viele andere allgemein bekannte Tatsachen. Wieviel derartige Musterbeispiele von dem verräterischen Spiel mit den Geschicken von Ländern und Völkern mögen noch in den diplomatischen Geheimarchiven schlummern!

Das Telegramm des Herzogs von Alba sollte den heutigen Machthabern Frankreichs, Italiens und anderer Länder Westeuropas, die im Fahrwasser der Kriegsbrandstifter steuern, zu denken geben. Als Flaggmann dieser Kriegsbrandstifter tritt der durchtriebene Wolf aus dem Rudel des britischen Imperialismus auf. Dieses Telegramm könnte sie auf den Gedanken bringen, was für Unmengen von Verrätereien und Korruptionen noch von den englisch-amerikanischen Imperialisten zu erwarten sind, die so gern nach allen Seiten mit fremdem Gut, mit fremden Menschen leben Schacher treiben.

Vor einigen Tagen wurden in Liverpool Flugblätter abgeworfen, wohin Churchill reiste, um anlässlich des Amtsantritts eines konservativen Erzreaktionärs, der dort Universitätsrektor wurde,

wieder einmal eine Brandrede zu halten. In den Flugblättern hieß es:

„Doktor der Kriege, Magister der Unterdrückung, Akademiemitglied der Weltreaktion — das sind die Gelehrtengrade, die die freiheitliebenden Völker Churchill verliehen.“

Champion des Worthbruchs und Schwergewichtsmeister des Verrats — das wären die Titel, mit denen man diese Liste vervollständigen könnte.

AUKTION IN BATAVIA

In Batavia, der Residenz der holländischen Kolonialbehörden in Indonesien, fand fast einen Monat lang eine außergewöhnliche Auktion statt. Dorthin reisten Emissäre der Regierung Drees

und Vertreter des sogenannten Kabinetts Hatta, der noch immer auf der Insel Banka in Gewahrsam ist. Unter Aufsicht des Komitees „guter Dienste“ wurden das Territorium und die Souveränität der Republik Indonesien versteigert. Als Käufer fungierten selbstverständlich die Holländer, während Hatta & Co. den Hammer schwangen. Am 7. Mai schloß diese Auktion mit einer formellen Abmachung, die von der Regierung Drees als holländisch-indonesisches „Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung“ ausgesetzt wurde.

Zu welchen Bedingungen kam dieses unverzüglich in London und Washington gebilligte Schachgeschäft zustande?

Die holländische Regierung erklärte sich großzügig damit einverstanden, die Gruppe Hatta als

EINE MORSCHE TREPPE...

Die Delegationen Brasiliens, Boliviens, Perus und Kolumbiens brachten in der UNO eine Resolution ein, in der vorgeschlagen wird, den Mitgliedstaaten „völlige Handlungsfreiheit in Fragen ihrer diplomatischen Beziehungen zu Francospanien zu gewähren.“ Trotz aller Anstrengungen der Vertreter der USA und Englands, die hinter dieser Resolution stecken, ist ihr Vorhaben fehlgeschlagen. Die profaschistische Resolution erhielt auf der Vollversammlung nicht einmal die Hälfte der Stimmen.



Zeichnung von BORIS JEFIMOW.

Regierung anzuerkennen und ihn selbst in Djokjakarta einzusetzen. Der Republik, die vor kurzem einen großen Teil der indonesischen Inselwelt mit einer 50-Millionen-Bevölkerung umfaßte, wird ein Territorium mit, sage und schreibe, 20 Meilen Radius und 2½ Millionen Einwohnern zur Verfügung gestellt. Gerührt durch eine derartige Freigebigkeit der holländischen Gefängniswärter, übernahm Hatta als Gegendienst folgende Verpflichtungen: er erklärte sich bereit, einen Befehl über die Einstellung des Partisanenkriegs zu erlassen und sich an einer Konferenz zu beteiligen, die im Haag zur Bildung der sogenannten Vereinigten Staaten von Indonesien einberufen werden soll.

Die Teilnehmer der Auktion in Batavia bauen darauf, daß grade diese beiden Maßnahmen schließlich den Machthabern aus dem Haag die erwünschte Ordnung auf dem indonesischen Archipel sichern werden. Man weiß, was es mit dieser Ordnung auf sich hat: sie bedeutet eine erbarungslose Abrechnung holländischer Strafableitungen mit den Verteidigern der Republik, sie bedeutet die völlige Wiederherstellung des kolonialen Raubsystems und der Unterdrückung des indonesischen Volkes.

Das Schachergeschäft in Batavia ist vom Volk Indonesiens mit Entrüstung aufgenommen worden. Schon am Vorabend dieser Abmachung zwischen den holländischen Vertretern und Hatta erklärte die provisorische Regierung der Republik, die von Sjafroeddin Prawiranegara geführt wird, daß die Partisanentruppen den Kampf nicht eher einstellen würden, als bis sämtliche holländische Truppen das Territorium der Republik geräumt hätten. Unter der Führung der Nationalfront, die die wichtigsten Parteien und Massenorganisationen vereinigt, entbrennt dieser Kampf immer mehr. Auf Java und Sumatra finden Kampfhandlungen zwischen den holländischen Truppen und den republikanischen Abteilungen statt. Für die Interventen hat sich auch in Djokjakarta selbst eine gespannte Lage herausgebildet.

Die Auktion in Batavia brachte den holländischen Meistbietenden sehr erhebliche Schwierigkeiten: der „Auktionär“ der indonesischen Unabhängigkeit, Hatta, war nicht vom eigentlichen

Herren des Landes — vom Volk — ermächtigt worden. Das indonesische Volk aber setzt sich mit der Waffe in der Hand für seine Unabhängigkeit ein.

ZWEI KÖNIGINNEN VON GRIECHENLAND

Ungekrönter König von Griechenland ist bekanntlich der USA-Botschafter in Athen, Henry Grady. Was den gekrönten König Paul betrifft, so ist er zwar König, regiert aber nicht. Wie sich herausstellt, steht die Sache genau so mit den Königinnen. Friederike ist Königin, aber Mrs. Grady regiert. Übrigens fallen die Priorität der ungekrönten Königin und ihre Regierungsprinzipien so sehr ins Auge, daß die vor kurzem in Griechenland gewesene englische Journalistin Jenny Nicholson hierüber einen speziellen Aufsatz in der Londoner Wochenschrift „Sunday Dispatch“ veröffentlicht. Frau Nicholson schreibt, Frau Grady habe, da Griechenland ein Vorposten Amerikas ist, gewaltsam ihre Anerkennung durchgesetzt, ihr Einfluß in Griechenland sei gewaltig.

Was verlangt „Ihre Majestät“, die amerikanische Königin, von ihren griechischen Untertanen? Hierüber teilt Jenny Nicholson folgendes mit:

„Frau Grady sagte mir:

„Die Griechen müssen ... ganz andere Menschen werden. Sie müssen ihre Geschichte vergessen. Mich interessiert ihr Gestern nicht... Sie brauchen ihre Geschichtsbücher nicht zu verbrennen, sie sollen sie einfach in die Rumpelkammer tun.“

So plaudert Mrs. Grady, die sich zur Gebieterin der Hellenen aufgeschwungen hat, einige zynische Ideen der Träger der amerikanischen Pseudodemokratie aus.

... Man verlangt von den Griechen, sie sollen andere Menschen werden! Sie sollen die Geschichte ihres jahrhundertelangen Heldenkampfes für Freiheit und Unabhängigkeit vergessen.

Es ist den deutschen Faschisten nicht gelungen, das griechische Volk zu zwingen, „andere Menschen“, Sklaven zu werden. Alle Tatsachen sprechen dafür, daß es auch den neuen Würgern der Freiheit Griechenlands nicht gelingen wird, so sehr sich die beiden Königinnen von Athen auch bemühen mögen...

Die Chronik einer großen Schlacht

N. SERGEJEW

DIE SCHLACHT VON STALINGRAD... Aus dem Lichtspielhaus, dessen Fassade eine große Lichtreklame mit diesen Worten trägt, strömt eine bunte Menschenmenge: blutjunge Burschen und grauhaarige Greise, elegant gekleidete junge Mädchen und schlichte ältere Hausfrauen. Ihrer aller Gesichtsausdruck verrät Konzentration, Insichversenkensein, Erregung. Die Zuschauer verlassen das Kino nicht geräuschvoll wie sonst, kaum, daß sie leise Bemerkungen austauschen. Das lebensfrohe Treiben auf den Moskauer Straßen kann sie nicht sofort in die Gegenwart, in das Moskau von 1949, zurückrufen. Ihre Gedanken und Gefühle weilen immer noch dort, wo die heldenhafte Sowjetarmee gegen die faschistischen Landräuber kämpfte.

Wer von ihnen könnte Moskau vergessen, wie es im Sommer 1942 aussah? Die nächtliche Finsternis der verdunkelten Stadt, die Sperrballons über den Plätzen, die verödeten Straßen. Die besorgten Gesichter der Menschen, die wochenlang nicht aus den Fabriken, Werken und Arbeitszimmern herauskamen. Selbst in der Moskauer Luft spürte man den eisernen Willen des ganzen Landes, des ganzen Volkes. Nie werden die Menschen diesen Sommer 1942 vergessen, in dem die Sowjetunion immer noch allein gegen Hitlers gigantische Kriegsmaschine kämpfte...

... Auf der Leinwand erscheint in großen Lettern eine Aufschrift, die den Film über die Schlacht von Stalingrad einleitet:

„Im Sommer 1942 wurde auf den gewaltigen Weiten der Sowjeterde der Knoten zu der großartigen Schlacht geschrüzt, die alle übertraf, die die Menschheit je zuvor gesehen hatte.“

Wir erblicken Stalin mit sorgenschwerem Gesicht über die Karte gebeugt. „Er trägt seine zur Tradition gewordene hellgraue Jacke und die graue, in weichen Stiefelschäften steckende Hose. Sein Haar ist wie die Kleidung nicht eben grau, sondern von jener edlen Tönung, die stahlfarben

Nikolai Wirta: Die Schlacht von Stalingrad. Literarische Fassung eines Drehbuchs. Staatsverlag für schöne Literatur, Moskau 1947.

„Die Schlacht von Stalingrad“. Dokumentarischer Spielfilm. Erste Serie. Drehbuch: N. Wirta; Regie: W. Petrow; Kamera: J. Jekelitschick; Musik: A. Hatschaturian. In den Hauptrollen: A. Dikij, J. Schumski, N. Simonow, M. Strauch, M. Astangow, B. Liwanow und andere. Filmstudio „Mosfilm“, 1949.

heißt. Man fühlt in seiner kräftigen Gestalt, die wie aus einem Guß ist, eine ganz besondere Ausgeglichenheit. Sein Gang ist fest und ruhig: so schreiten ältere Menschen im festen Vertrauen auf die Lebensgrundlagen, die sie sich ein für allemal erwählt haben.“

So sieht der Zuschauer im Film Joseph Wissarionowitsch Stalin, so hat ihn der Verfasser des Drehbuchs beschrieben, so spielt ihn der Schauspieler A. Dikij, so lebt er in der Vorstellung eines jeden Sowjetmenschen.

Zwei Haupthelden hat der Film: das Sowjetvolk und seinen Führer. Die Sowjetmenschen in der Armee und im Hinterland haben Stalingrad behauptet und die größte aller Schlachten gewonnen. Der Oberste Befehlshaber J. W. Stalin hat diese gewaltige Schlacht gelenkt und den strategischen Plan zur Zertrümmerung der Hitlerarmeen ausgearbeitet.

Die Kriegsgeschichte kennt keine Schlacht, die sich ihrem Umfang und ihrer Bedeutung nach mit der von Stalingrad messen könnte. Es war dies die größte aller Schlachten im größten aller Kriege.

Der Verfasser des Drehbuchs „Die Schlacht von Stalingrad“, der Schriftsteller Nikolai Wirta, hat eine sehr schwierige Aufgabe gelöst. Er hat in künstlerischer Form eine wahrheitsgetreue Chronik dieses Kampfes geliefert, von seinem Beginn bis zu seiner Vollendung. Mit vereinten Kräften ist es dem Schriftsteller, dem Regisseur und den Schauspielern gelungen, die Genialität des Urhebers des strategischen Plans und Organisators unseres Sieges sowie die Großtat der Menschen zu veranschaulichen, die diesen Plan ausgeführt haben.

Die handelnden Personen des Films sind J. W. Stalin und seine Kampfgefährten, die Leiter der Sowjetregierung: die Genossen W. M. Molotow, G. M. Malenkov, L. P. Beria, A. A. Shdanow, K. J. Woroschilow, M. I. Kalinin, A. A. Andrcjew, A. I. Mikojan, L. M. Kaganowitsch, N. S. Chruschtschow, A. S. Schtscherbakow, N. M. Schwernik, N. A. Bulganin. Es sind die ruhmmuhobenen sowjetischen Heerführer: A. M. Wassilewski, der Generalstabschef der Sowjetarmee; A. I. Jerjomenko, der Befehlshaber der Stalingrader Front; W. I. Tschujkow, der Befehlshaber der vom 12. September an mit der Verteidigung Stalingrads beauftragten 62. Armee; Rokossowski,

Woronow, Rodimzew und andere. Es sind die Helden von Stalingrad, seine Verteidiger: die Stalingrader Arbeiter, die Angehörigen der Volkswehr, die Gardesoldaten Rodimzews, die Soldaten und Offiziere der Armeen, die bei Stalingrad gekämpft haben.

Vorläufig wird nur die erste Serie der „Schlacht von Stalingrad“ gezeigt, aber das veröffentlichte literarische Drehbuch ermöglicht ein Urteil über das Gesamtwerk.

Die Bedeutung der Schlacht von Stalingrad ist bekannt: sie war der Wendepunkt des zweiten Weltkriegs. Ein massiver Keil mit unmittelbarem mobilem Vorstoß — das war die Schablone der Hitlerschen Taktik. Im Sommer und Herbst 1941 machte die Standhaftigkeit der Sowjetarmeen, des Sowjetvolkes den abenteuerlichen Plan der Besetzung Moskaus „aus der Bewegung“ zunichte. Im Sommer 1942 verfolgte das deutsche Oberkommando einen neuen, noch abenteuerlicheren Plan, dessen wichtigsten Bestandteil die Eroberung Stalingrads bildete.

Im Juli 1942 spalteten die Hitlerfaschisten die Südwestfront durch einen Panzervorstoß, worauf die 6. Armee unter von Paulus und die 4. Panzerarmee unter von Hoth gegen Stalingrad vordrangen. Die Armeegruppe von Kleist näherte sich Rostow am Don, während die Vorhut der von Weichs befehligen Armeegruppe die Verteidigungslinie der sowjetischen Armeen am Westufer des Dons erreichte.

In seinem Hauptquartier, in einem Wald bei Winniza, wirft sich der (von M. Astangow gespielte) hysterische „Führer“ in Positur, und legt den deutschen Generalen seinen strategischen Plan dar: er will die Sowjettruppen von der Wolga abschneiden, dann nach Norden abschwenken und, stromaufwärts ziehend, Moskau vom Ural abschneiden. Die Armeegruppen von Kleists und von Weichs' sind die Axt, mit der Hitler Russland zu spalten „beschlossen“ hat. Sie haben den Befehl, aus der Bewegung die Verteidigungsanlagen am Don zu durchbrechen und die Hauptkräfte der Sowjetarmee niederzustampfen.

Der faschistische Tollhäusler deklamiert: am 10. August sind die deutschen Armeen in Saratow, am 15. August in Kuibyschew, am 10. September in Arsamas, und dann führen die Armeen der Heeresgruppe Mitte vom Westen aus ihren Schlag gegen Moskau. Der Führer kreischt und seine Stimme überschlägt sich. Seine überhitzte Phantasie gaukelt ihm schon den „Fall der bolschewistischen Hauptstadt“ vor. Die Sowjets scheiden aus dem Kriege aus! — brüllt er. In kaum einem halben Jahr werden deutsche Panzer die Felder Großbritanniens aufwühlen! Feldmarschall Rommel vertreibt die Angelsachsen ein für allemal aus

Afrika! Die deutschen Armeen überrennen den Nahen Osten! Kleist vereinigt sich mit Rommel! Indien wird von England abgeschnitten! Und dann der Höhepunkt des hirnverbrannten Welt-Herrschaftstraums: Hitlerdeutschland „wird mit beiden Beinen auf dem großen Kontinent stehen und von hier aus Amerika den Fehdehandschuh hinwerfen!“

Generaloberst von Kleist erhält den Befehl, am 25. September in Baku zu sein. Hitler duldet keinen Widerspruch. Er besteht mit besonderer Hartnäckigkeit auf den Terminen. Er fordert: nutzt die günstige Gelegenheit, „solange der Streit um die zweite Front andauert“.

Der Streit um die zweite Front! Wer erinnert sich nicht daran? Eigentlich gab es gar keinen Streit. Es gab die Sowjetarmee und das Sowjetland, die im Zweikampf mit den faschistischen Horden alle Kräfte anspannten. Und es gab die Alliierten, die ihre feierlichen Versprechen gebrochen hatten, es gab Churchill, der seine listigen und gemeinen Ränke schmiedete.

Das Problem der zweiten Front gehört untrennbar zur Geschichte der Schlacht von Stalingrad. Der Film zeigt eine kennzeichnende Episode, eine Unterhaltung des Präsidenten Roosevelt mit einem Journalisten über die Invasion auf das europäische Festland. Wir erinnern daran, daß damals die Forderung nach Eröffnung der zweiten Front gleichzeitig die Forderung der Volksmassen in England und in den USA war. Als der Journalist diese Frage anschneidet, bemerkt der Präsident der Vereinigten Staaten:

„Es gibt eins, wozu ich zu alt bin: ich kann Churchill nicht in Ketten über den Kanal zerren...“

Und dann eine historische Szene: die Moskauer Beratung. Am runden Tisch sitzen Stalin, Molotow, Churchill, der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman. Churchill erklärt, ein Einfall in Europa sei dieses Jahr „unmöglich“: man sei mit der Vorbereitung der Offensive in Nordafrika beschäftigt, plane eine Landung zwischen Algier und Casablanca, wolle nach Sizilien vorstoßen... .

Das kann keine einzige Division Hitlers von der Ostfront ablenken. Es ist kein Zufall, daß sich Verbände der italienischen 8. Armee dem Don nähern und eine Division der Armee Rommels aus Afrika heranrollt. Die Sowjetregierung steht vor der Tatsache, daß die englischen und amerikanischen Politiker nichts mehr von dem im Frühjahr 1942 feierlich gegebenen Versprechen wissen wollen.

In dieser Beratung deckt Churchill seine Karten auf. Er ist überzeugt, Stalingrad werde fallen. Er ist überzeugt, die Sowjetarmee könne

nicht nur keine Offensive einleiten, sondern sie sei auch nicht imstande, den Vormarsch der Deutschen aufzuhalten. Er rechnet darauf.

Durch die Stille des Zuschauerraumes klingen die Worte des Leiters der Sowjetregierung:

„Herr Premierminister! Die Sowjetunion und ihre Armee werden die Offensive der Deutschen aufhalten, aber die ganze schwere Verantwortung für die Zehntausende neuer Opfer in Europa wird diejenige treffen, die ihre feierlichen Versprechen gebrochen haben...“

Nachdem Churchill und Harriman gegangen sind, folgt ein beredtes Zwiegespräch:

S t a l i n: „Alles ist klar. Der Feldzug in Afrika und Italien. Sie wollen einfach als erste auf dem Balkan anlangen, sie wollen uns verbluten lassen, um uns nachher diktieren zu können...“

M o l o t o w: „Sie wollen ihre Zwecke mit fremden Kräften erreichen.“

S t a l i n: „Daraus wird nichts! Die Slawen werden uns beistehen.“ (Pause) „Sie hoffen, daß wir Stalingrad aufgeben und das Aufmarschgebiet für die Offensive einbauen werden... Auch daraus wird nichts!“

Und weiter sieht der Zuschauer, wie der Siegesplan entsteht. Nach langem Nachdenken beugt Stalin sich über die Karte und zeichnet mit einem Bleistift zwei Pfeile ein. Sie beginnen an der Wolga: der eine südlich, der andere nordwestlich von Stalingrad. Beide Pfeilspitzen treffen sich weit hinter Stalingrad, am Don, im Raum Katalsch.

Das war ein genialer strategischer Plan. Zu seiner Verwirklichung bedurfte es der heldenhafte Bemühungen der Armee und des gesamten Volkes. Es galt, die notwendigen Reserven zusammenzuziehen. Vor allem aber war es notwendig, Stalingrad um jeden Preis zu halten.

Zwanzig Tage lang kämpften die Sowjettruppen am Don. Die Hitlerfaschisten konnten nicht „aus dem Marsch“ über den Don vordringen. Weichserfüllte den Befehl des Führers nicht, „am 25. Juli in Stalingrad zu sein“. Der Feind war zum Stehen gebracht. Nun war Zeit gewonnen, um die Verteidigung Stalingrads zu verstärken.

Am 23. August erreichte die unter dem Befehl von Paulus stehende Armee die Wolga. Die historische Schlacht um Stalingrad begann. Das deutsche Oberkommando warf 2000 Flugzeuge gegen die Stadt. Der Zuschauer sieht, wie sich das schöne, von Leben durchpulste Stalingrad in Ruinen verwandelt. Barrikaden in den Straßen. Kämpfe in den Fabrikhallen. Der Stab des Befehlshabers der Stalingrader Front, Generaloberst Jerjomenkos, befindet sich am Ufer der Zariza in einer Erdhöhle, die „Truba“ (Röhre) genannt wird. Hier, wo einem der Rauch und Qualm der

brennenden Stadt den Atem verschlägt, beraten der Vertreter des Staatlichen Verteidigungskomitees, G. M. Malenkow, und der Generalstabschef Generalleutnant Wassilewski (Schauspieler J. Schumski) mit dem Befehlshaber der Front General Jerjomenko und seinem Stabschef. Beim Heulen der Flugzeuge und Dröhnen der Bomben wird die Verteidigung Stalingrads organisiert.

Standhaftigkeit und Siegeszuversicht waren in jenen Tagen von entscheidender Bedeutung. Diese Standhaftigkeit wurde genährt durch die feste Haltung des Obersten Befehlshabers und seinen genialen Weitblick. „Nicht in Panik verfallen, den frechen Feind nicht fürchten und sich die Zuversicht an unseren Erfolg erhalten“, diese Worte Stalins nahmen sich die Verteidiger Stalingrads, vom einfachen Kämpfer bis zum Befehlshaber der Front, zur Richtschnur, nach ihnen handelten sie.

In eindrucksvollen Episoden sehen wir auf der Leinwand die historischen Kämpfe um Stalingrad. Die Schlacht um den Bahnhof, den Kampf um das Wohnhaus der Ingenieure, das Gefecht um den Mamajew Kurgan, die Volkswehr, die auf eben erst vom Fließband gekommenen Panzern direkt aus den Werkhallen in den Kampf zieht.

Stalin liest im Kreml den Lagebericht: Straßenkämpfe in Stalingrad. Um jedes Haus, um jeden Mauerstein wird gekämpft. Und im entscheidenden Augenblick wirft eine feste und sichere Hand die notwendigen Reserven in den Kampf.

Eben setzen die Gardesoldaten Rodimzews über die Wolga. Geschosse explodieren. Rauchschwaden, Wassersäulen. Schleppkähne und Motorboote bersten und werden zertrümmert, die Wolga steht in Flammen. Hölle und Tod. Doch die Gardesoldaten sind schon am anderen Ufer.

Hitler mag noch so sehr tobten, er mag seine Generale noch so sehr heruntermachen — Stalingrad hält sich... Und es verteidigt sich nicht nur. Die Verteidigungstaktik beruhte auf Angriffen, auf ununterbrochenen Attacken gegen die deutschen Truppen. Das macht das deutsche Oberkommando rasend. Den Hitlerschen Abenteurern ist die innere Kraft der Sowjettruppen unbegreiflich. Sie können nicht verstehen, woher der Heldenmut und die unerschütterliche Standhaftigkeit der Armee kommt, die in Stalingrad „auf Leben und Tod“ ausharrt.

Unterdessen schafft J. W. Stalin seinen genialen strategischen Plan, dessen Aufgabe es ist, dem Gegner die Initiative zu entreißen, den Hitlerfaschisten eine gewaltige Niederlage beizubringen, einen Umschwung im Verlauf des Krieges herbeizuführen und den Gegner vor die Tatsache einer Katastrophe zu stellen.

Die Verteidiger Stalingrads schwächen in blutigen Kämpfen den Feind. Im Hauptquartier des

Obersten Befehlshabers werden alle Einzelheiten der entscheidenden Operation ausgearbeitet. Alles ist vorgesehen und durchdacht, die Richtung des Vorstoßes bestimmt. Die Schwächen des Gegners sind berücksichtigt, die Verteidigungsoperationen zur Entkräftigung und Schwächung des Gegners ausgeführt. Zeit ist gewonnen. Kräfte und Mittel für die Gegenoffensive sind bereitgestellt.

Die Operation ist so vorgesehen, daß in erster Reihe die Flankengruppierungen des Gegners zu vernichten sind, dort, wo Rumänen und Italiener, die unzuverlässigen Satelliten Hitlers, die Front halten. Der Hauptstoß erfolgt von Norden und von Süden. Darauf kesseln die Armeen durch eine Umfassungsbewegung die Hauptkräfte des Gegners ein: die 6. Armee unter Paulus und die 4. Panzerarmee unter von Hoth. Die Truppen der Südwestfront und der Stalingrader Front schließen den Kessel im Raum Kalatsch.

Der von Wassilewski ausgearbeitete Stalinsche Plan für die Offensive und für die Vernichtung der Hitlerarmeien, die an der Wolga in einem riesigen Kessel geraten waren, ist bestätigt. Auch der Angriffstermin im November ist festgelegt. Damit schließt die erste Filmserie. Die zweite berichtet, wie die Sowjetarmee dem frechen Feind den vernichtenden Schlag beibrachte.

Von höchster patriotischer Begeisterung erfaßt, bereitete das ganze Land diesen Schlag vor. Nur eine Sorge kannten damals die Sowjetmenschen: die Front mit möglichst viel Panzern, Flugzeugen, Geschossen, mit den vollkommenen Waffen zu beliefern, die Armee einzukleiden und zu verpflegen...

So brachen die lang ersehnten großen Tage der Abrechnung mit den faschistischen Landräubern an. Alles vollzog sich, wie geplant war. In größter Heimlichkeit (und in kürzester Frist — in anderthalb Monaten!) wurde die Stalingrader Operation vorbereitet. In größter Heimlichkeit wurden Reserven konzentriert. Die Truppen marschierten nur nachts. Völlige Funksperrre. Keinerlei Korrespondenz, nicht einmal chiffrierte Schriftstücke über diese Operation, von der nur ein ganz enger Kreis wußte. Die Gegner hatten weder von der zahlenmäßigen Stärke der hier zusammengezogenen Truppen noch von ihrer technischen Ausstattung ein Vorstellung. Sie hatten ferner keinen Begriff von dem Umfang der in Vorbereitung befindlichen Operation, wußten nichts von der Richtung der Hauptstöße, kannten den Zeitpunkt des Schlachtbeginns nicht. Die strategische Überraschung trug zum Erfolg der Operation bei.

Die Kräfte und Mittel, die für die historische Schlacht bereitgestellt wurden, waren gleichfalls eine Überraschung für den in seiner Selbstsicherheit und Frechheit verblendeten Feind. Nach

Stalingrad wurden 1140 Panzer gebracht, 5629 Geschütze und 11 400 Granatwerfer außer den Gardegratanwerfern, und mehr als 1000 Flugzeuge wurden zusammengezogen.

Am 19. November morgens wurde die Luft von den Salven tausender Geschütze und Granatwerfer erschüttert. Die Offensive an der Südwestfront hatte begonnen. Am 20. November begann die Offensive an der Stalingrader Front. Die Schlacht entfaltete sich auf einem gewaltigen Territorium und erfaßte die ganze operative Tiefestaffelung des feindlichen Verteidigungsraumes. Die deutschen Verteidigungsstellungen wurden überrannt und hinweggefegt.

Auf der Lagekarte des Obersten Befehlshabers vereinigen sich die Pfeilspitzen bei Kalatsch. Die Armeegruppe der Deutschen ist umzingelt. Es beginnt die Aufreibung der feindlichen Truppen und die endgültige Säuberung des ganzen Raumes. Mit Betrug und Einschüchterung zwingen die faschistischen Rädelsführer die Soldaten der abgeschnittenen und geschlagenen Armee, in dieser hoffnungslosen Lage weiterzukämpfen, wobei sie ununterbrochen Entsatz versprechen. Goebbels' Propaganda-Apparat schwätzt von neuen Plänen des Hitlerschen Oberkommandos, vom nahen Sieg. Die Soldaten der Paulusarmee, die in kalten Bunkern erfrieren und vor Hunger bereits die Pferde der rumänischen Kavallerie aufgegessen haben, wiederholen trübselig die von Goebbeln verbreiteten dummen Gerüchte:

„China hat Amerika und England den Krieg erklärt...“

„Kriegserklärung der Türkei und Spaniens an die Sowjets...“

Der „Völkische Beobachter“ wiederholt immer noch stumpfsinnig, die deutsche Armee könne mit beliebigen Schwierigkeiten fertig werden, dabei hatten Paulus' Truppen schon kapituliert, und er selbst war mit allen Offizieren gefangen genommen...

„Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter. Nach der blutigen Schlacht von Stalingrad konnten sich die Deutschen bekanntlich nicht mehr erholen.“

Eine Aufschrift mit diesen Stalinschen Worten schließt die Chronik der historischen Schlacht um Stalingrad ab.

* * *

Der Schriftsteller, der Regisseur und die Schauspieler haben es vermocht, die dokumentarische Geschichte der großen Schlacht von Stalingrad in künstlerischer Form für die Nachwelt zu erhalten, und haben sich damit ein gewaltiges Verdienst erworben.

Der Film und die literarische Fassung des Drehbuchs sind dokumentarisch wahrheitsgetreu.

Hier wird der Weitblick, die Weisheit, Menschlichkeit und Unerschütterlichkeit des großen Stalin an Hand seiner Aktionen gezeigt. Tiefschürfende Lebenswahrheit spiegelt sich in den Szenen wider, die die un trennbare Verbundenheit des Volkes mit Stalin schildern, den festen Zusammenhalt der Front und des Hinterlands, die Beziehungen zwischen dem Oberkommando der Armee und den Offizieren und Kämpfern, die durch und durch demokratisch, aufrichtig und schlicht sind. Jede Episode des Films veranschaulicht die eine oder andere Seite des „Geheimnisses“ des Stalingrader Siegs. Der unübertroffene Heroismus der Verteidiger Stalingrads läßt die Zuschauer unwillkürlich ausrufen: „Ja, so war es!“

Ja, so war es auch. Die Bedeutung des Films und des Werks von Nikolai Wirta ist besonders groß in der heutigen Zeit, wo die neuen Welt herrschaftsanwärter zur Fälschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges als taktischem Manöver greifen. Die Memoiren Churchills und Eisenhowers, die Pseudodokumente und fingierten Briefwechsel, die von der amerikanischen und der englischen Presse sowie vom Rundfunk dieser Länder in der ganzen Welt verbreitet werden, — all das ist darauf gerichtet, die Ereignisse des zweiten Weltkriegs zu entstellen und zu fälschen. Die Einheitscher neuer Kriegsabenteuer wollen die Menschen hindern, die nötigen Schlüssefolgerungen aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zu ziehen.

Der Kriegstreiber Churchill wirft sich in die Positur eines Anhängers und Verteidigers des Friedens. Er macht es sich zunutze, daß die einfachen Menschen während des Krieges nichts von seiner wahren Rolle erfahren haben. Es gibt auch jetzt noch in England simple Leute, die seiner Prahlerei glauben, obwohl jetzt schon alle Hüllen gefallen sind. Sein Doppelspiel ist restlos aufgedeckt. Der Film „Die Schlacht von Stalingrad“ bringt diese historische Tatsache richtig zum Ausdruck.

Dieser Film ist ein Ereignis im Kulturleben der Sowjetunion. Er verdient auch die Aufmerksam-

keit weitester Kreise der Öffentlichkeit anderer Länder. Die Menschen müssen die historische Wahrheit kennen. Der Film über die Schlacht von Stalingrad hilft ihnen begreifen, weshalb die englischen und die amerikanischen Imperialisten den Sieg des Sowjetvolkes im Krieg gegen Hitlerdeutschland als einen Zufall, als unbegreifliches Rätsel, ja sogar als „Wunder“ hinstellen wollen. Hier liegt nicht nur der Wunsch der Imperialisten vor, die Welt über die wirkliche große Kraft des Landes des Sozialismus und die Unbezwinglichkeit seines von der Kommunistischen Partei geführten, von Stalin geleiteten Volkes in Unkenntnis zu halten. Die imperialistischen Politiker wollen die Menschen vor allem nicht wissen lassen, daß diese Kraft in den Dienst der Verteidigung der Sache des Völkerfriedens gestellt ist.

Bis zu unserer Zeit, bis zur Epoche des Sozialismus, setzten die Großmächte ihre Kräfte ausschließlich für die Eroberung fremder Länder, für die Versklavung anderer Völker ein. Stärke und Friedensliebe waren einander ausschließende Begriffe. Die Sowjetunion ist das erste große Land der Welt, dessen Stärke und Macht voll und ganz der Festigung des Friedens dienen. Die Sieger in der Schlacht um Stalingrad, vom einfachen Kämpfer bis zum Obersten Befehlshaber, schlugen sich für die Befreiung des Heimatlandes von den Hitlerschen Landräubern, für die Erlösung der Menschheit von der faschistischen Pest, und damit kämpften sie gleichzeitig für einen gerechten und dauerhaften Völkerfrieden. Schon im Krieg zielte die Politik der Sowjetregierung darauf ab, feste Grundlagen für den künftigen Frieden zu schaffen. Die Sowjetunion betreibt in der Nachkriegsperiode entschlossen und konsequent eine Politik des Friedens.

Die große Schlacht um Stalingrad war für das Sowjetvolk eine Schlacht um den Frieden, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern, um das Glück und das ungestörte Leben der künftigen Generationen. Der Film „Die Schlacht von Stalingrad“ wendet Millionen Menschen wieder diesem Gedanken zu.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE:

Aus der Frühzeit der tschechischen Arbeiterbewegung

G. AXEL

EIN BAUERNWAGEN kriecht im Regen eine Prager Chaussee entlang. Eine Frau fährt mit ihrem Jungen aus Praha in den Flecken Zákolany bei Kladno. Der Fuhrmann erzählt ihr vom Leben des schaffenden Volks.

„Wissen Sie, was eine Gesindestube auf einem Herrenhof ist? Sie wissen's nicht? Ich werd's Ihnen einfach erzählen, so gut ich kann... Eine große Baracke ohne Scheidewände und darin 16 Familien, alle zusammen, Frauen, Männer, Halbwüchsige und Kinder. Dicht beieinander schlafen alle auf Stroh, wie Tiere in einer Höhle...“

So beginnt Antonín Zápotockýs Erzählung „Es lösen neue Kämpfer sie ab“*. Die Frau mit dem Kind ist die Lebensgefährtin eines Begründers der sozialistischen Arbeiterbewegung im tschechischen Gebiet, des „lebenslänglich“ aus Prag verbannten Schneiders Ladislav Budečky. Seine Frau fährt in die Ortschaft, in die man den „gefährlichen Aufrührer“ abgeschoben hat.

Ladislav Budečky (alias Zápotocký) ist der Vater des Verfassers der Erzählung, Antonín Zápotockýs, des späteren Gewerkschafts- und Parteifunktionärs, des jetzigen Regierungshaups der tschechoslowakei.

Die Erzählung beschreibt die Entstehung und den Aufschwung der sozialistischen Bewegung im tschechischen Gebiet, sie bietet ein Bild vom sozialen Leben in einer kleinen Ortschaft, wo sozialistische Ideen sich auszubreiten beginnen, sie zeigt die opferwillige und mühselige Arbeit der ersten Kämpfer für den Sozialismus.

Damals war es schwer, in Großstädten sozialistische Propaganda zu treiben. Polizeiverfolgungen, Klassenjustiz der Bourgeoisie, Willkür der reaktionären österreichischen Bürokratie — all dies hat Ladislav Budečky bereits vor seiner Verschickung durchgemacht. Aber in Zákolany war alles noch schlimmer. Die Einwohner der kleinen Ortschaft, in deren Nachbarschaft ein kaiserliches Gut, eine Zuckerfabrik und ein anderes Werk lagen, nahmen den Verschickten unfreundlich auf. Die unwissenden, ihrer selbst noch nicht bewußten, rückständigen Massen der Werktätigen

„fürchteten sich“ vor den Sozialisten, über die sie nur Schlechtes gehört hatten.

„Brandstifter, Gottlose, Missetäter und Antichristen. Sie wollen nicht arbeiten. Sie erkennen keinerlei Macht an. Sie wollen alles zugrunde richten und unterwühlen, Verbrechen und Attentate verüben, den Menschen das ehrlich erworbene Hab und Gut wegnehmen, freie Liebe proklamieren und die Familien zerschlagen. Sie wollen alle Menschen ihrer Ruhe berauben und sie miteinander entzweien.“

Derlei Lügen über die Sozialisten wurden von den herrschenden Klassen verbreitet.

Anfangs hatte Budečky es in Zákolany schwer. Es gab keine Arbeit. Niemand wollte bei einem Sozialisten und Rechtsbrecher, der unter Polizeiaufsicht stand, etwas bestellen. Die Familie dachte, sie nagte am Hungertuch. Unter Anführung des Dorfältesten Waldek suchten die ortsansässigen Hauptmacher Ladislav in Verruf zu bringen. An einem solchen Leben wäre ein seelisch schwacher Mensch gewiß zerbrochen. Aber Ladislav Budečky war nicht so geartet. Er sagte zu seiner tiefbekümmerten Frau:

„Warte nur, wir müssen uns einleben und Freunde finden, wir werden auch hier einen sozialistischen Zirkel zustande bringen. Natürlich nicht gleich... Glaub mir, unser Junge wird schon im Sozialismus leben. Und dafür soll sein Vater sich weder durch die Polizei noch durch Kirchenpredigten noch durch die Unverschämtheit des Dorfältesten noch selbst durch das Unverständnis derer einschütern lassen, denen man helfen muß, die aber heute den richtigen Ausweg aus dem Elend noch nicht sehen.“

Das ist die Ausdauer eines proletarischen Revolutionärs. Viele Jahre vergehen, ehe das Geklatsch verstummt, die Feindseligkeit schwundet und die Einwohner Zákolany sich von der Ehrlichkeit und Anständigkeit des „gefährlichen Sozialisten“ überzeugen. Es mangelt ihm nicht mehr an Schneiderarbeit. Die Ortsbewohner beginnen, ohne dessen selber gewahr zu werden, Ladislav wegen seines ruhigen und ausgeglichenen Verhaltens zu den Mitmenschen, wegen seiner Rechtlichkeit, seines Mut, seiner Gerechtigkeit und Belesenheit zu achten. Schließlich finden sich auch Gleichgesinnte: der Maurer Václav Vosmík, der Schuster Tomáš Lánský und der Tagelöhner Josef Eiler. Es entsteht ein sozialistischer Zirkel,

* Antonín Zápotocký. Vstanou noví bojovníci. Praha 1949.

den seine Teilnehmer „Vierblättriges Kleeblatt“ (Ctyřlistek) nennen. Die Freunde gehen insgeheim in den Wald, sie erörtern die Fragen der sozialistischen Bewegung und die eigenen Aufgaben. Dem Sozialismus sind sie alle ergeben, aber wie naiv und unreif sind ihre Überzeugungen noch!

Zápotocký skizziert hervorstechende Typen provinzieller Sozialisten von dazumal. Da ist Tomáš Lánský, ländlicher Handwerker, Schriftkundiger und Dorfphilosoph, ein Bibelkenner, ein tiefgläubiger Mensch und heftiger Kirchenfeind. Als Hauptursache der Ungerechtigkeiten auf Erden sieht er die Unwissenheit der Massen an. Da er nicht begreift, daß diese Unwissenheit eine unausbleibliche Folge ökonomischer Knechtung ist, meint er, die Menschen selber seien an ihrer Unwissenheit schuld. Wollte jeder Werktätige mehr lesen und nach Wissen streben, so könnte es keine Rechtlosigkeit geben. Derlei Anschauungen bargen natürlich die Gefahr des Opportunismus und Reformismus in sich.

Der Bauarbeiter Vosmík verfiel in das andere Extrem: er zürnte nicht nur den Kapitalisten und Krösussen, sondern auch den Armen. „Geschieht ihnen ganz recht, soll man ihnen nur das Fell über die Ohren ziehen, um so eher werden sie zu denken anfangen“, sagt er. Vosmík hält wenig von der Arbeit zur Organisierung der Massen, neigt zu Verschwörermethoden, hat offensichtlich anarchistische, linkslerische Neigungen.

Der alte Efler unterscheidet sich kraß von diesen beiden Genossen. Er ist in der Gesindestube eines Herrenhofs großgeworden. Dort hat er alle finsternen Seiten des Lebens eines Lohnsklaven kennengelernt. Religiös erzogen, glaubte er fest an die „göttliche Gerechtigkeit“, stieß jedoch ständig auf den Widerspruch zwischen dem, woran er glaubte, und dem, was das Leben ihm darbot. Das hat ihn letztlich zum Sozialismus geführt.

„Er war mit Leib und Seele Sozialist. Ohne Vorhalte und Klauseln. Glaubte er einmal, so ließ er sich durch nichts von dem neuen Glauben abringen. Um des Sozialismus willen war er zu allem bereit — zu jeder Arbeit und jedem Opfer. Er war sogar zum Streik bereit, aber das war das schwerste Opfer, das Efler sich vorstellen konnte. Streiken und das Vieh nicht füttern! Daran denken müssen, daß die Fütterungszeit gekommen ist und Eflers Pfleglinge ihn vergebens erwarten. Sie verstehen doch nicht, warum er nicht kommt... Vor Hunger und Unruhe brüllen sie kläglich.“

Als man in den Versammlungen des „Vierblättrigen Kleeblatts“ auf den Streik zu sprechen kommt, erklärt Efler entschlossen:

„Wenn es im Interesse des Sozialismus nötig sein sollte, muß und werde ich streiken, auch wenn meine braunen Kühe vor Hunger krepieren.“

Der anerkannte Leiter dieses kleinen Zirkels war Ladislav Budečsky, der alle Eigenschaften eines klassenbewußten Proletariers jener Zeit in sich verkörperte. Er besaß Standhaftigkeit und Geduld genug, für den Sozialismus zu kämpfen, die notwendigen Opfer zu bringen und Schritt für Schritt das Fundament für den künftigen Sieg zu legen. Er verfiel nicht in grundlosen Optimismus, ließ aber den Mut auch an Unglückstagen nicht sinken. Er glaubte an die Menschen und wußte, daß nur die Arbeiterklasse stark genug ist, im Kampfe für den Sozialismus zu siegen und diesen aufzubauen.

In Zápotockýs Buch findet sich viel wertvolles historisches Material. Ergänzt wird die Erzählung vom Schicksal der Helden durch klare Darstellung der Lage der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung des tschechischen Gebiets. Der Verfasser beschreibt die sozialen und ökonomischen Prozesse, die für das Schicksal seiner Helden ausschlaggebend waren. Das sind wahrhaft erschütternde und lehrreiche Tatsachen, deren Bedeutung weit über die tschechischen Grenzen hinausreicht. Der Leser sieht, welch furchtbarer Preis für den Siegeszug des Kapitals gezahlt werden mußte. Zápotocký berichtet:

„Im Jahre 1850 begann bei uns das rasche Wachstum und die Entwicklung der Industrieproduktion. Sie brachten verstärkte Ausbeutung der Arbeit mit sich. In den Textilfabriken arbeiteten sogar sechsjährige Kinder. Die Dauer ihres Arbeitstags hing von der Willkür der Fabrikherren ab.“

In dem Buch wird das Zeugnis eines erfahrenen Proletariers jener Zeit angeführt:

„Die Zeit von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends brachten wir in der Fabrik in schrecklicher Schwüle zu. Die Weber arbeiteten in Unterhosen, die Frauen nur in Röcken, am Scham dachte niemand... Nebenan arbeiteten oftmals Tag und Nacht Druckereiarbeiter, die während der ganzen Woche nicht aus dem Arbeitsraum kamen. Sie schliefen nur 2 von 24 Stunden und wo es sich grade traf. Nach 2 Stunden wurden sie von den Werkmeistern mit Pfiffen, Püffen und Schimpfworten geweckt, und die Arbeiter erhoben sich blaß, schlaftrunken, unglücklich vom Boden und machten sich abermals an die Arbeit...“

Später, als ich in die Streichholzfabrik überging, überzeugte ich mich, daß es noch schlechtere Arbeitsstellen als die Textilfabrik und die Druckerei gab. Hier arbeiteten fünfjährige Kinder. Manche von ihnen konnten noch nicht einmal richtig sprechen. Der Arbeitstag dauerte von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Tropfen flüssigen Phosphors zerfraßen uns die Hände und den gesamten Körper, den ganzen Tag über atmeten wir Phosphordämpfe und feinen Phosphorstaub ein... Man schlug hier nicht nur Kinder und Halbwüchsige, sondern auch Erwachsene, aber wäre es einem, der geschlagen worden war, eingefallen, sich bei der Polizei zu beschweren, so hätte man ihm erwidert, die Polizei mische sich in Fabrikangelegenheiten nicht ein, dies liege außerhalb

ihrer Kompetenz. Kam es einmal vor, daß ein Arbeiter den Schlag eines Werkmeisters, der ihn beleidigt hatte, parierte, dann nahm die Polizei den Waghals sofort fest.“

Ladislav Budečsky wußte sehr wohl, wie es den Arbeitern ging, er weilte oft in Arbeiterfamilien an den verschiedenen Ecken und Enden des Landes. Hier seine Wahrnehmungen:

„In der Hütte des Webers, der Heimarbeit verrichtete, war der Webstuhl das einzige Möbel. Nur bei wenigen konnte man einen wackligen Tisch und einen Stuhl vorfinden. Ein Bett mit Strohsack galt schon als Luxus. Kinder beiderlei Geschlechts, Säuglinge wie Halbwüchsige, schliefen zusammen mit den Erwachsenen auf strohbedecktem Boden, in dem gleichen Zimmer, wo tags die ganze Familie einschließlich der vierjährigen Kinder arbeitete. Von morgens bis abends sitzen diese Kinder an der Spindel und zwirnen Garn. Sie haben hagere Körperchen, blasses Gesichter mit blau hervortretenden Adern, eingefallene und krankhaft trübe Augen. Sie zwirnen mit erstaunlicher Schnelligkeit, wie Automaten. Auf ihren Gesichtern liegt ein stumpfer, geistesabwesender Ausdruck. Die Familie arbeitet von morgens bis abends, aber der Lohn reicht nur für trockene Kartoffeln und etwas Hafergrütze. Keinerlei Fett ist vorhanden. Fleisch und Milch gibt es manchmal an Sonntagen. Oft mangelt es an Geld für Salz, dann nehmen sie die Nahrung ungesalzen zu sich.“

Wie lebte der junge Antonín Zápotocký? In die Schule ging er zu Fuß nach Kladno — je zweieinhalb Wegstunden hin und zurück. Hierzu mußte er in der fünften Morgenstunde aufstehen. Nach Kladno konnte man allerdings mit der Bahn fahren, aber hatten Toníks Eltern (die beide arbeiteten) etwa genügend Einkünfte, ihm täglich für die Fahrt 22 Kreuzer geben zu können? Sie gaben dem Jungen pro Tag nur einen Kreuzer, für den er im Fleischerladen einen Teller heißen Wassers kaufen konnte, in dem Würstchen gebrüht worden waren. Dies „Gericht“ und eine Scheibe Brot bildeten sein Mittagessen.

Sogar Budečskys nächste Gesinnungsgenossen waren von Vorurteilen nicht frei. Was soll man erst über die Hauptmasse der Ortsbevölkerung sagen? Da beginnt Ladislav in Zákolany eine schwere, langwierige, mühselige geistige Erziehungsarbeit, die viel Ausdauer und Geduld erfordert. Von offener Propaganda des Sozialismus kann noch gar nicht die Rede sein. Die ungenügenden Vorkenntnisse der Einwohner und das rasende Polizeiregime lassen dies nicht zu. Schritt für Schritt gibt Ladislav dem sozialen Bewußtsein der Ortsbevölkerung organisierte Form. So entstand die erste Organisation. Das war noch keineswegs ein sozialistischer Zirkel oder eine Partei gruppe. Das war nur eine „Genossenschaft zur Selbstbildung und gegenseitigen materiellen Hilfe“. Ihre Satzung, für die man nur mit Mühe die

Erlaubnis der Ortsbehörden zu erhalten vermochte, spricht nur von Aufklärungsmaßnahmen: „wissenschaftliche und gesellige Unterhaltungen, politische ausgenommen, Gründung eines Gesangvereins und einer Bibliothek, Gewährung von Darlehen und materiellem Beistand“.

Aber auch das ist ein großer Fortschritt, denn in dieser Organisation gelingt es Ladislav und seinen Freunden, bestimmte Positionen zu erobern: in der Genossenschaft impfen sie den Menschen das Gefühl der Solidarität und der Gleichheit, die Ideen der Demokratie ein.

Zugleich muß der geistig reifere Ladislav seine Gesinnungsgenossen erziehen. Der bescheidene Name der Genossenschaft mißfällt dem ungeduldigen Vosmík.

„Was ist das für ein Name? Nicht Fisch, nicht Fleisch! Wenn ihr schon nicht ‚Rote Fackel‘ wollt, so wenigstens ‚Gleichheit‘, ‚Freiheit‘ oder irgendwas Ähnliches!“ ruft er im Walde auf einer Beratung des „Vierblättrigen Kleeblatts“ aus.

Er protestiert dagegen, daß man den reichen Ortsschankwirt in die Genossenschaft aufnimmt, er schlägt vor, ihr einen antireligiösen Charakter zu geben.

Ladislav erklärt ihm geduldig:

„Wenn wir einen solchen Weg beschreiten, wie du, Václav, ihn vorschlägst, wird man uns die Genossenschaft nicht erlauben. Wir werden allein bleiben. Zu viert. Im besten Fall werden wir noch ein paar Gleichgesinnte finden, aber wir werden schwach bleiben. Wir werden im eigenen Fett schmoren. Wir werden vom Sozialismus träumen: Aber er kommt doch nicht von selber, Genossen!“

Von Monat zu Monat wächst die „unpolitische“ Genossenschaft. Ladislav Budečsky leitet sie mit sichere Hand, wobei er seine Landsleute Schritt für Schritt erzieht und auf ihre noch nicht überwundenen Irrtümer und religiösen Empfindungen mit gebührendem Takt eingeht.

Im Jahre 1897 läßt die reaktionäre österreichische Regierung, die sich zum Nachgeben genötigt sieht, als Wahlkandidaten für das Parlament zum erstenmal Arbeiter zu. Im Zirkel des „Vierblättrigen Kleeblatts“ entbrennt der übliche Streit. Sollen die Sozialisten an dieser dürftigen zweistufigen Wahl zu einem Parlament teilnehmen, in dem den Vertretern der herrschenden Klassen eine erdrückende Mehrheit gesichert ist? Der „linke“ Vosmík ist selbstverständlich dagegen.

„Wozu brauchen wir diese Wahl, Genossen?“ argumentiert er. „Das ist nur ein Hemmschuh, ein Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus. Wir werden die Parlamentsmehrheit ja doch nicht bekommen. Gegen uns sind der Regierungsapparat, die Kapitalisten, die Geistlichkeit, die Beamten, die Gutsbesitzer, hauptsächlich aber die

Dummheit der breiten Massen. Seid ihr gewiß, daß die Tagelöhner, die Handwerker und selbst die Fabrikarbeiter ihre Stimme für die Sozialisten abgeben werden? Und wenn sie das auch tun? Wenn wir sogar alle Mandate in der fünften Kurie bekommen? Was werden wir davon haben? 72 Parlamentssitze. Aber die Adligen, die Kapitalisten, die Gutsbesitzer, die Kaufleute werden in vier Kurien 343 Mandate haben. Was werden unsere Abgeordneten machen können? Sie werden immer in der Minderheit sein. Darum sage ich: wir pfeifen auf die Wahlen, wir boykottieren sie und bereiten Generalstreik und Revolution vor!"

Lánský äußert einen anderen Standpunkt.

„Nehmen wir an, wir bekämen ein paar Mandate. Die Regierung braucht eine Parlamentsmehrheit, und bei der vorhandenen Zusammensetzung des österreichischen Parlaments ist diese Mehrheit oft sehr schwankend. Manchmal entscheiden ein paar Stimmen die Sache. Zum Beispiel bei der Abstimmung über den Haushalt. Bekommt die Regierung keine genügende Mehrheit für die Bewilligung der Militärvorlage, so werden unsere Stimmen sich als ausschlaggebend erweisen. Die Regierung wird in Verhandlungen mit uns eintreten. Unsere Abgeordneten werden sagen: Wir stimmen für die Militärvorlage, wenn die Regierung soundso viele Millionen für Volksbibliotheken, Lesesäle, Abendschulen, Vorlesungen usw. bereitstellt. Die Regierung wird nachgeben müssen. Sie wird die Militärvorlage bekommen, wir aber werden Bibliotheken, Leseäle, Schulen bekommen, und die Menschen werden lernen und Kenntnisse erwerben... Und schließlich werden wir durch Aufklärung die Freiheit erlangen.“

Ladislav erklärt den Genossen die Fehlerhaftigkeit beider Einstellungen:

„Wir gehen zur Wahl und gehen ins Parlament, Freunde. Aber nicht, um dort mit unseren Stimmen zu handeln, indem wir sie für niedrige Zugeständnisse und Almosen verschachern und durch die Abstimmung für den Haushalt der reaktionären Regierung gegen unsere Grundsätze verstößen. Was du vorschlägst, Tomáš, wäre bürgerliche, falsche und verräterische Politiksterei. Wir benutzen das Parlament, um von seiner Tribüne aus dem Volk das zu sagen, was uns Polizei, Zensur und politische Verfolgungen jetzt nicht sagen lassen...“

Auch du, Václav, urteilst unrichtig. Man darf nicht bloß abwarten und von Generalstreik und Revolution träumen. Wie willst du den Generalstreik organisieren, wenn wir keine einheitlichen Gewerkschaften haben? Wo wird die Revolution eine Stütze finden, wenn es keine starke und

weitverzweigte sozialistische Partei der Arbeiterklasse geben wird?“

Die Bevölkerung von Zákolany beteiligt sich aktiv an den Wahlen und stimmt für die sozialistischen Kandidaten. Budečsky und Vosmík werden zu Wahlmännern bestimmt. Man veröffentlicht die Ergebnisse der Parlamentswahl: zum Abgeordneten des Wahlkreises, dem Zákolany angeschlossen ist, hat man einen Sozialisten, einen Arbeiter, gewählt. Der Kandidat der Reaktion ist glatt durchgefallen. Die langjährige politische Arbeit Budečskys und seiner Freunde hat Früchte getragen.

Die Erzählung endet mit dem Triumph der Arbeiter anlässlich des Wahlsiegs. Die sozialdemokratische Ortsgruppe von Zákolany marschiert mit einer roten Fahne auf — zum erstenmal in der Geschichte des Orts. Und niemand, nicht einmal die Polizei, wagt, sich Übergriffe gegen sie zuschulden kommen zu lassen.

„Eine rote Fahne und kein einziger Verhafteter!“ denkt der Ortspolizist. „Noch nicht dagewesen!“

Aber die Demonstranten ziehen umher, und das Echo trägt über Felder und Berghänge den Kehrreim des proletarischen Revolutionslieds:

„Und sinken Freiheitskämpfer ins Grab,
Es lösen neue Kämpfer sie ab,
Und das rote Banner entrollt sich!“

Wie in einem Wassertropfen spiegelt sich in Zákolany der Wachstumsprozeß des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse. In der Hauptstadt und in vielen Arbeiterorten, die Zákolany ähneln, haben Hunderte, ja Tausende opferwilliger, klassenbewußter Proletarier die vorgeschrittenen Werktätigkeiten erzogen und mitgerissen. Das war der Anfang jenes Wegs, auf dem die tschechische Arbeiterklasse jetzt siegreich vorwärtsschreitet. Für die Tschechoslowakei sind die Zeiten angebrochen, von denen Ladislav Budečsky und seine Genossen träumten und um derenwegen sie kämpften.

Zápotockýs Buch handelt nur von den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. Es war dies eine Periode, wo der revolutionäre Ansturm gegen den Kapitalismus noch nicht auf der Tagesordnung stand, wo das Proletariat erst Kräfte für die Entscheidungskämpfe sammelte, wo zu seinem Arsenal noch nicht die unsterblichen Ideen des Leninismus, des Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, gehörten. Ein langwieriger und hartnäckiger Kampf der Arbeiterklasse gegen Bourgeoisie und Gutsbesitzer, ein langwieriger Kampf gegen den Opportunismus, der seine Positionen in der Arbeiterbewegung lange bewahrte, tat not, um die

Kommunistische Partei zu schmieden und zu stählen, von der die Tschechoslowakei nunmehr zum Sozialismus geführt wird.

Zápotockýs Erzählung hat nicht nur dank der Fähigkeit seines Verfassers, die Ereignisse der Vergangenheit spannend darzulegen, in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt. Das Buch ist wegen seiner Zielstrebigkeit bemerkenswert. Zápotocký hat nicht Memoiren um ihrer selbst willen geschrieben. Die in der Tschechoslowakei zerschlagene, aber noch nicht endgültig vernichtete Reaktion sucht insgeheim auch jetzt das Märchen von den bürgerlichen „Freiheiten“ und dem paradiesischen Leben in der alten Tschechoslowakei zu verbreiten. Zápotocký hat sich das Ziel gesetzt, denen, die noch von der „guten alten Zeit“ weiterfaseln, eine Abfuhr zu erteilen und zu zeigen, für wen, für welche Klasse diese Zeit gut war. Er sagt:

„Ich wollte zeigen, wie diese bürgerliche Freiheit in Wirklichkeit aussah; wollte zeigen, mit welch skrupelloser Grausamkeit und welchem Zynismus unsere tschechische Bourgeoisie diejenigen verfolgte und vernichtete, in denen sie eine Gefahr für ihre Herrschaft erblickte.“

Gleichzeitig zeigt das Buch, wieviel Mühsal, Kräfte und Opfer erforderlich waren, um den Sieg der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei vorzubereiten. Denn dieser Sieg wurde, den verleumderischen Behauptungen der Feinde der volksdemokratischen Tschechoslowakei zum Trotz, durch die opferwilligen Bemühungen mehrerer Generationen proletarischer Kämpfer vorbereitet. Zur Wirklichkeit aber ward er dank der großen Befreiermission der Sowjetunion, die den Faschismus zerschmetterte und die Völker der Tschechoslowakei wie auch einer Reihe anderer Länder Europas von der hitlerfaschistischen Sklaverei erlöste.

AUS DEM BRIEKFÄSTEN DER REDAKTION

„Akademische Freiheiten“ in amerikanischer Auflage

Vor uns liegen zwei Dokumente, die John Daschbach, Direktor des Kongresses für Staatsbürgerrechte im Staat Washington (Director „Washington State Civil Rights Congress“), der Redaktion der „Neuen Zeit“ zugesandt hat: „In Sachen der akademischen Freiheit in den Staaten Washington und Oregon“ (The Washington and Oregon State Academic Freedom Cases) und „Verletzungen der Prinzipien akademischer Freiheit im College des Staates Oregon“ (Violations of the Principles of Academic Freedom at Oregon State College). Diese Dokumente enthüllen empörende Tatsachen über die Verfolgung amerikanischer Gelehrter aus politischen Gründen und informieren ausführlich besonders darüber, wie man eilige Gelehrte, die progressive Anschauungen zu äußern gewagt hatten, von der Universität des Staats Washington und dem College in Oregon vertrieben hat.

Die sogenannte Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit, die im Staat Washington ihr Unwesen treibt, hat sich auf sechs Professoren der dortigen Universität gestürzt. Es wurde ein „Fall“ zusammengeschustert, den man sieben Wochen lang behandelte. Wie sehr sich die Kommission auch bemühen möchte, antikommunistische Hysterie zu entfachen, es waren keinerlei Gründe für die

Entlassung der Professoren zu finden. Festgestellt wurde, daß sie alle völlig den Anforderungen entsprechen, die man rein sachlich an sie stellen konnte. Es erwies sich, daß einige von ihnen sich besonderer Popularität bei den Studenten erfreuen. Und nichtsdestoweniger hat die Universitätsleitung drei der Angeschuldigten entlassen. Joseph Butterworth, Herbert J. Phillips und Ralph H. Gundlach. Den Worten B. Allens, des Ratspräsidenten der Universitätskuratorien, zufolge bestand der Entlassungsgrund darin, daß Butterworth und Phillips der Kommunistischen Partei angehören, Gundlach aber auf die Frage, ob er Mitglied der Kommunistischen Partei sei, die Antwort verweigert hatte.

Die übrigen drei Professoren, E. Harold Eby, Garland O. Ethel und Melville Jacobs, mußten sich der demütigenden Prozedur unterziehen, eidestattlich zu versichern, daß sie der Kommunistischen Partei nicht angehören, und man setzte für sie eine zweijährige „Bewährungsfrist“ fest.

Am College des Staats Oregon erfolgten ebensolche Verhöhungen von Professoren. Dort wurden Professor Dr. Ralph Spitzer und der assistierende Professor L. R. La Vale darum entlassen, weil sie Mitglieder der von Henry

Wallace gegründeten Progressiven Partei sind. Professor Spitzer legte man überdies zur Last, daß er, als Hermann Joseph Müller im Vorjahr Verleumdungen gegen die Sowjetbiologie äußerte, den Vorschlag gemacht hatte, man solle, bevor man irgendein Werturteil falle, die Sowjetdokumente über die Biologiediskussion studieren. Diesen Vorschlag Spitzers bewerteten die Oregoner Ordnungshüter als unzulässige Ketzerei. Eilends warfen sie den Professor hinaus, der im Lande des Dollars Objektivität zu fordern versucht hatte. In der Hochburg der berüchtigten „westlichen Demokratie“ macht man mit Wahrheitssuchern sehr kurzen Prozeß. Es heißt in einem der an unsere Redaktion gesandten Dokumente:

„Die Entlassung dieser fünf Persönlichkeiten ist nur ein Teil der neuen Offensive, die in vielen Colleges und Hochschulen der USA gegen die akademische Freiheit wie überhaupt gegen kulturelle Betätigung durchgeführt wird.“

Mit der expansionistischen Außenpolitik der Wall-Street-Magnaten gehen Versuche der Reaktionäre Hand in Hand, die elementaren Bürgerrechte des amerikanischen Volks zu beseitigen. Jeder, der ein Werturteil abzugeben wagt, das den allmächtigen Monopolen und ihren Agenten nicht genehm ist, ist Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt. Das bezeugen die Zustände an den amerikanischen Universitäten.

11. Mai

Die UNO-Vollversammlung verschiebt die Behandlung der indonesischen Frage bis zur nächsten Tagung. Gegen den entsprechenden Antrag stimmen die Delegationen der Sowjetunion, der Ukraine, Belorusslands, Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens.

14. Mai

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens weist ein neues Ultimatum des Komitees für Internationale Sozialistenkonferenzen, mit dem von den italienischen Sozialisten der Verzicht auf die Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei gefordert wird, zurück.

Englische Polizei dringt in der Nähe Southhamptons auf den von Neuyork nach Gdynja reisenden polnischen Dampfer „Batory“ und ergreift unter Gewaltanwendung den auf diesem Schiff befindlichen bekannten deutschen Antifaschisten und Schriftsteller Gerhart Eisler.

15. Mai

Das Sowjetkommando in Österreich erleichtert die Kontrollbestimmungen für den Güterverkehr über die Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen Österreichs. Mit Wirkung ab 25. Mai wird die Kontrolle über den Transport von Viehfutter, Kohle, Erdölprodukten, Holz und Holzwaren sowie Waren aus Eisen und Nichteisenmetallen aufgehoben.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im sowjetischen Sektor Berlins wird die rationierte Zuteilung von Kartoffeln aufgehoben.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

May 1949

16. Mai

Die UNO-Vollversammlung lehnt die Resolution Brasiliens, Kolumbiens, Perus und Boliviens ab, die die Empfehlung enthielt, den UNO-Mitgliedstaaten „volle Handlungsfreiheit hinsichtlich ihrer diplomatischen Beziehungen zu Spanien“ zugesetzen.

Nach einer Mitteilung der Agentur Hsinhua hat die chinesische Volksbefreiungsarmee in den 20 Tagen seit der Überschreitung des Jangtsekiangs fünf Provinzen durchquert und ist vom Unterlauf des Flusses 480 km weit vorgedrungen. Befreit wurden 102 Städte und Bezirkszentren. Aufgerieben wurden Kuomintangarmeen in Stärke von 200 000 Mann. Truppenteile der Volksbefreiungsarmee haben die Städte Shanghai und Nantschang eingeschlossen.

Das Zentralkomitee der National-Demokratischen Einheitsfront Nordkoreas erklärt sich mit dem Vorschlag südkoreanischer demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen einverstanden, eine Allkoreanische Nationale Einheitsfront zu bilden.

In Florenz wird der 28. Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens geschlossen. Dem neu gewählten

Zentralkomitee gehören 41 Vertreter der Linken und 31 der Mitte an; die Rechten hatten keine Kandidaten aufgestellt und beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Der Staatsgerichtshof in Prag fällt ein Urteil über eine Gruppe staatsfeindlicher Verschwörer und Auslandsspione, die einen Militärputsch vorbereiteten. Drei Angeklagte werden zum Tode, einer zu lebenslänglicher Haft und neun zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer verurteilt.

Erdölgesellschaften der USA schließen mit General Husni Sayim, dem Führer der syrischen Regierung, ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Bauarbeiten an der transarabischen Erdölleitung.

17. Mai

Die chinesische Volksbefreiungsarmee nimmt die Städte Hankou, Wutschang und Hanjang — bekannt unter dem Sammelnamen Wuhan — ein.

Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse der Volksrätewahlen in Bulgarien. An den Kreisrätewahlen beteiligten sich von 4 787 861 Stimmberechtigten 4 628 367 Personen, d. h. 96,73 Prozent. Für die Einheitsliste der Vaterländischen Front wurden 4 258 352 Stimmen (92,01 Prozent) abgegeben.

In London finden Friedenskundgebungen statt, die vom englischen Ausschuß der Geisteswissenschaften zum Schutz des Friedens einberufen wurden.

In Bombay wird Manek Gandhi, der Generalsekretär des Allindischen Gewerkschaftskongresses, verhaftet.

18. Mai

Die UNO-Vollversammlung lehnt eine Resolution Kubas, Uruguays und Kostrikas ab, mit der beantragt wurde, die Frage der früheren italienischen Kolonien in Afrika dem „Intersessionellen Ausschuß“ zur Erörterung zu überweisen. Angenommen wird ein polnischer Antrag auf Verschiebung dieser Frage bis zur vierten Tagung. Damit wird die dritte Tagung der UNO-Vollversammlung geschlossen.

Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ungarn. An den Wahlen nahmen von 6 053 972 Stimmberechtigten 5 730 519 teil. Für die Volksfront der Unabhängigkeit stimmten 5 478 515 Wähler, gegen sie 165 283; 86 721 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt.

Pietro Nenni wird zum Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens gewählt.

In Italien treten 600 000 Landarbeiter der Po-Ebene und des Gebiets Lazien in Streik. Die Streikenden fordern den Abschluß eines einheitlichen Arbeitsvertrags für das ganze Land und die Zuerkennung solcher Arbeits- und Lohnbedingungen, wie sie bereits von anderen Schichten der italienischen Werktagen erungen worden sind.

In Finnland wird eine Landesorganisation der Friedensanhänger gegründet.

Veröffentlichung eines Aufrufs von Müttern, deren Söhne in Griechenland von den monarchistischen Faschisten gefangen gehalten werden, an die UNO, den Weltkongreß der Friedensanhänger und an die Regierungshäupter der Großmächte mit der Aufforderung, der Erschießung von Demokraten und den Greueln in den Konzentrationslagern Einhalt zu gebieten sowie die Einstellung des Bürgerkriegs in Griechenland zu fördern.

In Tripolis und anderen Städten Tripolitaniens finden Massenprotestdemonstrationen gegen den englisch-amerikanischen Aufteilungsplan für die früheren italienischen Kolonien statt.

Die Provisorische Regierung der Indonesischen Republik gibt bekannt, daß sie dem von der holländischen

Delegation und der Hattagruppe gefaßten Beschuß über die Rückgabe einzig und allein Djokjakartas an die Republik nicht zustimme. Die Regierung ist der Auffassung, daß der Republik gemäß früheren Vereinbarungen alle Gebiete auf Java, Madura und Sumatra zurückzugeben sind.

Präsident Truman ernennt John J. McCloy, Präsidenten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, zum Hohen Kommissar der USA in Deutschland.

Die Leitung der Labourpartei schließt die Parlamentsmitglieder Zilliacus und Solley aus der Partei aus.

19. Mai

Das Präsidium des Deutschen Volksrats beschließt, die dritte Tagung des Deutschen Volkskongresses für den 29. und 30. Mai in Berlin einzuberufen.

Das iranische Militärstrafgericht fällt im Abwesenheitsverfahren ein Urteil über 18 Führer der Volkspartei; 8 von ihnen werden zum Tode, die übrigen zu Gefängnisstrafen von 5 bis zu 10 Jahren verurteilt.

In Ruislip (England) findet eine Protestkundgebung gegen den dortigen Aufenthalt von Militärpersonen der USA-Luftstreitkräfte statt.

Das Exekutivkomitee des Kongresses der Industrieverbände der USA (CIO) beschließt mit 38 gegen 9 Stimmen den formellen Bruch mit der Weltföderation der Gewerkschaften.

Der Präsident Finlands verfügt die Entlassung des Expräsidenten und Kriegsverbrechers Ryti aus dem Gefängnis wegen dessen „Gesundheitszustandes“; Ryti trägt die Verantwortung für die Hineinziehung Finlands in den Krieg auf Seiten Hitlerdeutschlands.

Zur Eröffnung der ungarischen Industrie-Ausstellung trifft in Moskau eine ungarische Delegation unter Führung von Sándor Ronai, des Ministers für Handel und Genossenschaftswesen, ein.

20. Mai

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Erklärung der Verwaltung des Bevollmächtigten beim Ministerrat

der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, in der mitgeteilt wird, daß von 594 000 gefangenen Soldaten und Offizieren der japanischen Armee 489 000 bereits freigelassen sind; die übrigen werden von Mai bis November 1949 repatriert werden.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee entsetzt Hsian, die Hauptstadt der Provinz Schensi, ferner die Städte Hsienjang, Siping, Wukung, Litschuan und Kiensien.

Anlässlich des Abschlusses der Wahlen zur Nationalversammlung tritt die ungarische Regierung zurück. Der Präsident beauftragt die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts.

Der dritte Landeskongreß der Arbeiterkonföderation Panamas billigt den Beschuß über den Beitritt der Konföderation zur Weltföderation der Gewerkschaften sowie zur Konföderation der Werktätigen Lateinamerikas.

21. Mai

A. J. Wyschinski, Außenminister der UdSSR, fliegt von Moskau nach Paris, um an der Außenministerratstagung teilzunehmen.

In Washington wird nach zweitägiger Dauer eine auf Initiative des bekannten Physikers Albert Einstein, des Schriftstellers Thomas Mann und anderer Prominenter einberufene Konferenz demokratisch gesetzten Persönlichkeiten der USA geschlossen. Die Konferenzteilnehmer verurteilten den Nordatlantischen Vertrag als eine Bedrohung des Friedens.

In Moskau wird die Industrie-Ausstellung des Freien Ungarns eröffnet.

22. Mai

Der Bayrische Landtag lehnt mit 101 Stimmen gegen 64 bei 9 Stimmabstimmungen die sogenannte Bonner Verfassung ab; der Landtag Nordrhein-Westfalens bestätigt sie mit 53 Stimmen gegen 38 — in Abwesenheit von 25 Abgeordneten.

Der ehemalige USA-Kriegsminister Forrestal begeht in einem Marinelaubzett, wo er sich zur Behandlung aufhielt, Selbstmord.

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR TECHNISCH-THEORETISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

LEHRGANG DER PHYSIK. Band I. Mechanik. Akustik, Wärme und Molekularphysik. Bearbeitet von N. N. Andrejew, S. N. Rshewkin und G. S. Gorelik. Herausgegeben von Akademiemitglied N. D. Papaleksi. 600 S., Rbl. 17,—

LEHRGANG DER PHYSIK. Band II. Elektrizität. Optik. Atomkernphysik. Bearbeitet von S. M. Ryutow, W. L. Lewschin, J. L. Feinberg und L. W. Groschew. Herausgegeben von Akademiemitglied N. D. Papaleksi. 696 S., Rbl. 19,—

I. N. BRONSCHEIN und K. A. SEMENDJAJEW — *Handbuch der Mathematik für Ingenieure und die Studenten technischer Hochschulen.* 556 S., Rbl. 17,—

GALILEO GALILEI — *Dialog über die zwei wichtigsten Weltsysteme von Ptolomäus und Kopernikus* (Dialogo sopra i due massimi sistemi del mondo Tolemaico, e Copernicano). Aus dem Lateinischen von A. I. Dolgow. 380 S., Rbl. 23,25

W. L. GINSBURG — *Theorie der Radiowellenausbreitung in der Ionosphäre.* 358 S., Rbl. 14,65

Theoretische Betrachtung des Einflusses der oberen ionisierten Atmosphärenschichten auf die Ausbreitung der Radiowellen.

N. W. JEFIMOW — *Höhere Geometrie.* Zweite, teilweise neu bearbeitete Ausgabe. 502 S., Rbl. 13,75

K. P. IWANOW — *Berechnungstabellen für Polynome.* 208 S., Rbl. 7,50

THEODORE v. KÄRMÁN und MAURICE A. BIOT — *Mathematische Methoden im Ingenieurfach.* Aus dem Englischen von M. G. Schestopal. Herausgegeben von A. M. Lopschitz. 2. Ausgabe. (Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 424 S., Rbl. 23,—

N. A. KILTSCHEWSKI — *Theorie des Zusammenstoßes fester Körper.* (Serie „Gegenwartsprobleme der Mechanik“.) 254 S., Rbl. 8,50

L. A. LJUSTERNIK, I. J. AKUSCHSKI, W. A. DITKIN — *Tabellen der Besselschen Funktionen.* 430 S., Rbl. 15,70

W. B. LEWIS — *Verfahren zur elektrischen Zählung von Alpha- und Beta-Partikeln.*

Aus dem Englischen von N. N. Woronow. Herausgegeben von G. D. Latyschew. 2. Auflage. 184 S., Rbl. 4,80

Erklärung radiotechnischer Schemata und Vorrichtungen, die in der Kernphysik angewandt werden.

I. G. MALKIN — *Die Methoden Ljapunows und Poincarés in der Theorie der nichtlinearen Schwingungen.* (Serie „Gegenwartsprobleme der Mechanik“.) 244 S., Rbl. 8,50

S. G. MICHLIN — *Integralgleichungen und ihre Anwendung auf einige Probleme der Mechanik, der mathematischen Physik und der Technik.* Zweite, verbesserte und erweiterte Ausgabe. (Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 380 S., Rbl. 15,50

J. I. PERELMAN — *Unterhaltende Mathematik.* Mathematische Erzählungen und Nußknackereien. 3., unveränderte Auflage. 184 S., Rbl. 3,—

HANDBUCH FÜR TECHNISCHE MECHANIK. Herausgegeben von Akademiemitglied A. N. Dinnik. 734 S., Rbl. 17,50

J. D. STRANATHAN — *Die „Partikel“ in der modernen Physik.* Aus dem Englischen von G. B. Shdanon und W. A. Trofimowa. Herausgegeben von S. S. Belenki. 612 S., Rbl. 29,75

Eingehende Beschreibung der Entdeckung und der grundlegenden Eigenschaften der gegenwärtig der Physik bekannten Partikel.

N. G. TSCHEBOTARJOW — *Einführung in die Theorie der Algebra.* 88 S., Rbl. 3,—

W. P. WETSCHINKIN und F. M. KOGAN — *Neue Formeln der numerischen Quadraturen.* 72 S., Rbl. 1,75

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFEN-
LICHEN LEBENS.